

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: Prämienanbeleg
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Liste. Unter Ausschluss für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit 12/11/14.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 pro Zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Schließel-Anzei-
 gen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 23. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Einschliessung der Festung Iwangorod.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 22. Juli 1915. (W. L. P.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Westteil der Argonnen machten unsere Truppen weitere Fortschritte.

Lebhafte Artilleriekämpfe fanden zwischen Maas und Mosel statt.

Südlich Leintzen brachen französische Angriffe dicht vor den Hindernissen unserer Vorpostenstellungen zusammen.

In den Vogesen griff der Feind gestern südwestlich des Reichsaderkopfes sechsmal an. Er wurde durch bayerische Truppen unter großen blutigen Verlusten zurückgeschlagen. Bei einem Gegenstoß gewannen wir das noch in Feindeshand befindliche Grabenstück zurück und machten 137 Alpenjäger (darunter drei Offiziere) zu Gefangenen. Auch bei Sondernach wiesen wir abends einen feindlichen Angriff ab.

Ein feindlicher Doppeldecker stürzte im Feuer unserer Abwehrgeschütze in den Wald von Barron ab. Im Luftkampf über dem Münsfertal blieben drei deutsche Piloten über drei Gegner Sieger und zwangen auf der Verfolgung zwei von ihnen zur Landung im Thanner-Tal.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich Szawle machten unsere konzentrisch vorgehenden Truppen unter erfolgreichen Kämpfen 4150 Gefangene. Außerdem fielen ihnen 5 Maschinengewehre, viele Bagagen und ein Pionierpark zur Beute.

Der Durchbruch an der unteren Dubissa führte die deutschen Stoßtruppen bis in die Gegend von Gruchizki-Gudziuny. Auf dem Wege dorthin wurden mehrere feindliche Stellungen gestürmt. Die Russen weichen auf der ganzen Front vom Rakiewo-See bis zum Rajemen. Südlich der Straße Marjampol-Romno bergtröherten wir die entstandene Lücke und gewannen weiter vordringend Gelände nach Osten. Vier Offiziere, 1210 Mann wurden gefangen genommen, 4 Maschinengewehre erobert.

Am Rarow hat der Feind seine aussichtslosen Gegenhöhe eingestellt.

Südlich der Weichsel sind die Russen in die erweiterte Brückenkopfstellung von Warschau, in die Linie Plonie-Radarzyn-Gora-Kalwarja, zurückgedrückt worden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die deutschen Truppen der Armee des Generalobersten v. Bohrsch bereiteten gestern durch kühnes Zusammenfassen die letzten Versuche des Feindes, seine geschlagenen Truppen vorwärts Iwangorod zum Stehen zu bringen. Gegen Mittag war die große Brückenkopfstellung bei Lagow-Lugowa-Bola von unseren tapferen Schleiern gestürmt; anschließend wurde der Feind unter Mitwirkung österreichisch-ungarischer Truppen auf der ganzen Front in die Festung geworfen, die nun mehr eng eingeschlossen ist. Nordwestlich von Iwangorod kämpften österreichisch-ungarische Truppen noch auf dem Westufer der Weichsel; gestern wurden über 3000 Gefangene gemacht und 11 Maschinengewehre erobert.

Zwischen Weichsel und Bug nimmt die Schlacht unter Oberleitung des Generalfeldmarschalls v. Radens den Fortgang. Südwestlich von Lublin machten österreichisch-ungarische Truppen weitere Fortschritte; zwischen Sieunida-Bola (südlich von Rejowice)

und dem Bug wurden breite Abschnitte der feindlichen Stellung gestürmt.

Oberste Heeresleitung.

Lagow liegt 13 Kilometer östlich Zwolen, Lugowa-Bola liegt 10 Kilometer nordwestlich Zwolen.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Juli. (W. L. P.) Amlich wird veröffentlicht: 22. Juli 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Der Raum westlich der Weichsel war gestern abermals der Schauplatz großer Erfolge der Verbündeten. Die feindliche Hauptstellung, die westlich und südlich Iwangorod in der Linie Rozienice-Jamowiec angelegt und festungsartig ausgehauert war, wurde beiderseits der Straße Radom-Rom-Alexandria von deutschen Truppen durchbrochen. Die Russen wichen nach Iwangorod und auf das rechte Weichselufer. Ihr Rückzug über die Brücke von Romo-Alexandria stand bereits unter dem Feuer der deutschen Artillerie. Österreichisch-ungarische Truppen nahen sich kämpfend von Westen, deutsche von Süden den Forts von Iwangorod. Zahlreiche Ortshäuser westlich der Weichsel wurden von den fliehenden Russen in Brand gesetzt. Ostlich der Weichsel dauerten die Kämpfe in unermüdlicher Festigkeit fort. Der Feind leistet den härtesten Widerstand. Bei Chodel und Borschow warfen Teile der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand nach hartem Ringen die Russen aus mehreren Stellungen. Die Verluste des Gegners sind groß. Die Zahl der bei der Armee des Erzherzogs eingebrachten gestern gemeldeten Gefangenen wuchs auf achttausend, die Beute auf fünfzehn Maschinengewehre und vier Munitionswagen. Auch weiter östlich gegen den Bug hin brachen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an mehreren Stellen in die feindlichen Linien ein. Im oberen Bug erkürmten ungarische Regimenter den Brückenkopf Dobrotwor nördlich Kamionka-Strumilowa. In der Słota-Lipa und am Dnjepr blieb die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern wütete die Schlacht im Goerzischen mit unermüdlicher Heftigkeit. Das Plateau von Doberdo stand tagüber bis zur Küste unter besonders schwerem Artilleriemassenerfeuer. Die tapferen Verteidiger hielten stand und schlugen alle Anstürme des Feindes glänzend ab. In dem Abschnitt von Monte Cosich bis Polazzo schoben sich die Italiener bis zum Abend näher an unsere Stellungen heran. Nachts griffen sie zuerst bei Selz, dann in der ganzen Front zwischen diesem Orte und Bermeigliano erneut an. Heute frühmorgens waren alle Stürme blutig abgewiesen. Der brave ungarische Landsturm hat sich hier wieder heldenhaft bewährt. Mehrere Vorstöße des Gegners bei Polazzo waren schon gestern unter tags zusammengebrochen. Ostlich Sdraufina schritten unsere Truppen heute früh zum Gegenangriff und bemächtigten sich aller ihrer früheren Stellungen. Der Feind ist hier im Rückzuge. Im Nordwestrande des Plateaus wird erbittert weiter gekämpft. Gegen den Goerzer Brückenkopf brachten die Italiener, namentlich in der Richtung gegen Podgora, immer neue Kräfte in die Schlacht. Mehrere Infanterieregimenter griffen hier nacheinander vergebens an; fast immer führte der Kampf zum Handgemenge. Drei Stürme scheiterten gestern vor unseren Hindernissen; in einzelnen Grabenstücken gelang es dem Feinde, einzudringen, nachts wurde er wieder hinausgeworfen. Ebenso scheiterten Angriffe schwächerer, mit Gasbomben bewehrter Kräfte bei Fenna. Auch zwei Vorstöße je eines Regiments auf den Monte Sabotino wurden unter flankierender Mitwirkung unserer Artillerie blutig abgeschlagen. Unsere mit einzig dastehender Begeisterung und Zähigkeit fechtenden Truppen haben somit nach viertägiger Schlacht ihre Stellungen sowohl am Plateau von Doberdo als auch im Goerzer Brückenkopf behauptet. Der Kampf ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Bei Flava, Tolmein und weiter nördlich unterhielt der Feind gestern ein lebhaftes Artilleriefeuer. Die Gefechte im Krn-Gebiete dauern fort. Im Kaerntner und Tiroler Grenzgebiete ist die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Die Fortschritte im Osten.

Von Richard Gädle.

Während in den Tagen vom 5. bis 14. Juli im Osten ein allgemeiner Stillstand der Operationen eingetreten war, der nach einzelnen Nachrichten aus dem österreichischen Kriegspressequartier als ein länger andauernder bemerkt werden konnte, hat sich mit dem 15. Juli das Bild mit einem Schlage wieder gewandelt. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht völlig übersehen, welche Ursachen die zeitweilige Ruhe bewirkt haben; doch ist ein sehr wichtiger Grund jedenfalls die Notwendigkeit gewesen, der bis dahin hart kämpfenden Armee Radensens neuen Ersatz an Mannschaften, neuen Nachschub an Schießbedarf und Verpflegung nachzuführen und die Stappenlinien neu zu ordnen. Wir müssen uns hierbei vor Augen halten, daß der Verbrauch an Menschen wie an Geschossen in diesem Kriege ein so ungeheures ist, wie auch nur annähernd wie zuvor. Die gewaltig gesteigerte Artillerie, deren Tätigkeit in zahlreichen Fällen schlichthin entscheidend gewesen ist, beruht zum Teil auf einem Verschleudern von Geschossmassen, wie sie vor einem Jahr vielleicht noch keiner der Berufsleute in seinen ausschweifendsten Träumen sich gedacht hat. Die lebenden Kampfesverluste sind vielleicht in der einzelnen Schlacht durchschnittlich nicht höher als sonst; aber die Kämpfe folgten sich Schlag auf Schlag, wie noch in keinem Kriege. Die Zahl derer wird nicht ganz gering sein, die in diesem Kriegsjahre auf gegen hundert Gefechtsstage zurückblicken können, während man die Zahl von fünfzig Heuerjahren wohl als einen guten Durchschnitt ansprechen kann. Bis dahin hielt man aber die Schlachten für die Ausnahme, die Marschstage für die große Regel. Daß diese Änderung der Kriegsführung, gewaltig gesteigerte Anforderungen für die Schlagfertigkeit der Truppen bedeutet, ist klar; und daraus wieder ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit längere Ruhepausen zwischen die Phasen der Operationen einzulegen. Gerade in jenen östlichen Gebieten ist ja vor hundert Jahren Napoleon daran gescheitert, daß er den March von der ostpreussischen Grenze bis Moskwa sozusagen in einem Zuge zurücklegen wollte. Dabei löte sein Heer sich inmitten seiner Siegeslaufbahn an Hunger und Erschöpfung auf. Um wieviel mehr sind heutzutage Aufenthalt nötig, wo die Bedürfnisse der Riesenhöere unendlich gestiegen sind und der Trost, der ihnen folgt, unwahrscheinliche Ausdehnungen angenommen hat.

Aber in unserem Falle wird wohl noch ein anderer strategischer Grund für den zeitweiligen Stillstand der Operationen maßgebend gewesen sein. Gleichzeitig mit dem erneuten Aufbruch Radensens von Süden her, hat sich Hindenburg von Norden in Bewegung gesetzt. Dazu aber mußte er seine Heere neugruppieren und unzweifelhaft Verstärkungen abwarten. Monatslang hatte er sich begnügen müssen, eine eiserne Mauer um unsere Ostprovinzen zu ziehen, die sie vor einem dritten Russeneinbruch schützte. Sein kühner Vorstoß gegen Kurland war nur eine Episode, und die einzelnen siegreichen Angriffe seiner tapferen Truppen lede Demonstrationen, die die Russen in Respekt halten und möglichst das Fortziehen ihrer Truppen zur Verstärkung anderer Fronten erschweren sollten. Der letztere Zweck konnte, solange der Feldherr zu einer großen Offensive nicht stark genug war, natürlich nur teilweise erreicht werden. Aber Wahrscheinlichkeit noch hat die russische Heeresleitung in den ersten Julitagen mit Hilfe eines günstigen böhmischen Armeekorps vom Norden nach dem Süden gezogen, um ihren in Galizien geschlagenen Truppen Hilfe zu bringen. Dadurch wurden diese instand gesetzt, der österreichischen 4. Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand nicht nur erneuten Widerstand entgegenzusetzen, sondern sogar zu einem Gegenangriff überzugehen, der ihnen einen Tag lang Erfolge brachte.

Aber dieser Umarmung aus dem Norden erwies sich als ein Nachteil, sobald Hindenburg seinerseits zu einem Schlage ausholte. Mit dem Geschick, das er schon wiederholt bewiesen, versammelte er an der Stelle der schwachen Gruppe des Generals von Lauenstein überraschend die Armee des Generals von Belan nördlich des Njemen, die nun in breiter Front gegen Nordosten und Osten vordrang. Man wird annehmen müssen, daß er mit einer ganzen Armee mehr als nur demonstrative Zwecke verfolgte und auch größere Absichten hat, als nur feindliche Kräfte zu fesseln.

Aus verhältnismäßig schwachen Kräften, die monatelang die Südgrenze Ostpreußens um Kolno gedekt und die russische Rarowfesteck Offowicz bedroht hatten, entstand nun die neue Armee des Generals von Scholz, und weiter westlich muchs die bisherige Armeegruppe Gallwitz ebenfalls zu einer augenscheinlich stattlichen Armee an.

Nun waren die Dinge zu der ganz großen Operation reif geworden, zu der die an sich so gewaltigen und siegreichen Kämpfe vom Dunajec bis zum Bug im Mai und Juni nur das Vorspiel gebildet haben: zu dem gleichzeitigen Angriff von Norden und von Süden gegen die zahlreichen im östlichen und westlichen Polen noch verbliebenen russischen Streitkräfte.

Am 14. Juli traten die beiden Armeen des Nordens ihre Vorbereitung an; General von Gallwitz befehligte unter siegreichen Gefechten zum zweiten Male das so heiß umstrittene Prosznys, während General von Scholz von Osten her auf die Platte der

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 22. Juli. (W. L. P.) Der Große Generalstab gibt bekannt:

In der Gegend von Riga und Szawle fanden am 20. Juli Gefechte statt in Gegend westlich von Mitau und auf den nach dem Dorfe Janischki führenden Straßen.

Am Rarow beschloß der Feind mit Artillerie Ostrolenta. Er versuchte, sich dem Brückenkopf zwischen Rozan und Pultusk zu nähern. Auf dem rechten Ufer des Rarow machten wir örtliche Angriffe. Es gelang uns, den Feind etwas zurückzudrängen.

Am linken Ufer der Weichsel griff uns der Feind am 20. Juli erfolglos in Gegend von Zwolen und Gnewoschowo an.

In der Richtung auf Lublin brachten wir eine Offensive des Feindes an der Front Chodel-Biaski zum Stehen. Auf beiden Ufern des Bieprz entspann sich am 20. Juli bei dem Dorfe Southoboly und in der Richtung auf das Dorf Rejowice ein hartnäckiger Kampf, der sich bis spät in den Abend hinein fortsetzte. Die in einigen Abschnitten zurückgeworfenen Deutschen erlitten bedeutende Verluste. An der Front von Bojlawec-Grubeshow entspann sich am 20. Juli ebenfalls Artilleriekämpfe. Am Bug bedrängten unsere Truppen in dem Abschnitt Litowij-Sokal-Poturzyna feindliche Abteilungen, die das rechte Ufer überschritten. In einem hartnäckigen Gefecht machten wir an die tausend Gefangene. An den anderen Abschnitten der Front kam es zu keinen wichtigen Kämpfen.

Russen drückte und sie zwischen Bissa und Sbro mit seinen kaperen Landwehrruppen zurückwarf.

Am 15. Juli erfocht Galtwitz dann einen großen Sieg, indem er die 40 Kilometer lange, stark befestigte russische Stellung zwischen Pleschanow und Krasnofels überwindete; beide russischen Generale warfen die geschlagenen Gegner in den folgenden Tagen bis auf und hinter die Karolinlinie zurück, vor der die Armee Galtwitz nunmehr in der Linie der Festungen Ostrolenka—Bultusk—Komo—Georgiewsk steht, während Scholze die weiter östlich gelegenen Festungen Ossowiez und Lomja bedroht. Mit der Bezwingung der Karolinlinie haben die beiden deutschen Heere natürlich noch eine schwere Aufgabe zu erfüllen, da der befestigte Flußlauf durch ausgedehnte Sumpfniederungen eine besondere Verteidigungsstärke erhält. Glücklicherweise ist gegenwärtig die beste Jahreszeit zur Ueberschreitung derartiger Flußabschnitte. Man wird wohl hoffen dürfen, daß in diesen Tagen schon die große Schlacht um den Karem im Gange und vielleicht auch günstig entschieden ist. Denn die Widerstandskraft der russischen Truppen ist selbst hinter starken Befestigungen augenscheinlich stark erschüttert.

Erst am 16. Juli nahmen die Heere Madensens von Süden her in der ganzen Breite zwischen Weichsel und Bug die Vormärtsbewegung wieder auf und durchbrachen die feindliche Aufstellung am folgenden Tage westlich des Wjeprz zwischen Krasnofels und Pilszczowica; am 18. Juli wurde hier ein Gegenangriff der russischen Garde abgeschlagen und weiter östlich bis zum Bug hin siegreich Raum gewonnen. Am Abend des Tages trat die russische Armee den allgemeinen Rückzug in nördlicher Richtung an.

Zu gleicher Zeit aber ist die lange unterbunden gewesene deutsche Offensive westlich der Weichsel wieder in Fluß gekommen; am 16. Juli trat die Armee Mohr in der allgemeinen Richtung auf Zwangorod an, sie siegte am 17. nordöstlich Sienna und trug am 18. ihren Angriff an und über die Jzanka vor. Unter dem Druck aller dieser Niederlagen begannen nun aber die Russen auch die lange und zähe verteidigte Stellung an der Bzura und Rawka, 40 Kilometer vor Warschau, allmählich zu räumen; die deutschen Vorstöße folgten ihnen.

So sehen wir in diesen Tagen die größte und gewaltigste Umfassungsschlacht im Gange, die die Weltgeschichte bisher gesehen hat; von Norden, Westen und Süden her drängen deutsche Armeen auf einem Bogen von mehr als 500 Kilometern Länge ungestüm gegen die eingekreisten Russen vor, während andere Heere ihre eigenen äußeren Flanken sichern. Cannä und Sedan verschwinden vor der übermächtigen Riesenschlacht dieses Kampfes.

Noch ist die Schlacht nicht entschieden, und noch läßt sich nicht übersehen, ob es möglich sein wird, den ganz großen Erfolg zu erzwingen; denn das hängt nicht nur von der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen, sondern zu einem guten Teil auch von den Maßnahmen der russischen Heeresleitung ab. Lange genug hat sie zwar, man möchte sagen mit einer gewissen Dickfälligkeit, die schwer bedrohte Stellung westlich der Weichsel festgehalten. Jetzt aber ziehen ihre Armeekorps anscheinend über die Weichsel ab, um vielleicht östlich des Flusses nach Norden wie nach Süden zur Wiederherstellung des Kampfes oder zur Deckung des Abzuges einzugreifen, während unsere Truppen an den starken Weichselfestungen und dem Flusse selbst notwendig einigen Aufenthalt haben werden. Hierin liegen vielleicht noch einige Aussichten der Rettung für die Russen, und wir werden den weiteren Fortgang der Dinge abwarten müssen. Noch sind die Heere Madensens und Hindenburgs immerhin 250 Kilometer voneinander entfernt, und in diesem Raume liegen drei nach Osten führende Bahnlinsen, von denen die nördliche allerdings schon einigermaßen bedroht erscheint.

Wie aber auch die Entscheidung schließlich fallen möge: mit der Annäherung dieser Einkreisungsschlacht hat die deutsche Heeresleitung die bisher größte und glänzendste strategische Leistung des Krieges vollbracht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 22. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern. In Artois Geschützkampf, sowie Kampf mit Lufttorpedos und Handgranaten um Souchez. In Infanteriegefechten kam es nicht. An den Ostrandern der Argonnen gelang es dem Feinde, in dem Schützengraben Fuß zu fassen, der einen Vorsprung vor unseren Linien bildete. Zwischen Maas und Mosel heftiges Geschützkampf am Kufkopf, im Walde von Apremont und im Priesterwalde. Auf St. Dis wurden etwa 20 Granaten abgefeuert.

Paris, 22. Juli. (B. L. B.) Der gestern nachmittag ausgegebene amtliche Bericht lautet: In Artois war die Nacht durch Geschützkampf um Souchez und Neuville gekennzeichnet. Soissons wurde in der Nacht beschossen. Im Walde von Apremont griff der Feind unsere Stellung am Kufkopf und bei Bauxery an; er wurde vollständig zurückgeschlagen. In den Vogesen entwickelten sich gestern nachmittag und während der Nacht lebhaftes Infanteriegefechte. Auf den Höhen, die das östliche Fechtal beherrschen, bemächtigten wir uns eines Teiles der deutschen Verteidigungsanlagen. Wir rückten bis auf kurze Entfernung an den Eingegrat heran. 31 Flugzeuge haben gestern den bedeutenden Eisenbahnknotenpunkt Conflans-en-Jarnay beschossen. Drei 155-Millimeter-Bomben und vier 90-Millimeter-Bomben trafen, wie beobachtet wurde, den Bahnhof. Ein Lokomotivschuppen wurde von einer 155-Millimeter-Bombe getroffen. Drei Aviatikflugzeuge wurden durch die Verfolgungsflugzeuge, die das Geschwader begleiteten, in die Flucht geschlagen, eins wurde gezwungen, schleunigst zu landen. Zwei Flugzeuge belegten gestern nachmittag wieder den Bahnhof von Kolmar mit Bomben. Vier 155-Millimeter-Bomben und vier 90-Millimeter-Bomben fielen auf die Schienenstränge.

Südafrikanische Unterstützung Englands.

Brätoris, 22. Juli. (B. L. B.) Reiter meldet amtlich: Die Admiralität und das Kriegsamt hatten der Unionsregierung zu dem Feldzuge gegen Deutsch-Südwestafrika eine Anzahl schwerer Geschütze samt einigen Kanonieren zu Verfügung gestellt. Die britische Regierung teilte jetzt der Union mit, daß diese schwere Artillerie für den europäischen Krieg willkommen wäre. Die Union stellte den südafrikanischen Keilen der Geschützmannschaften frei, bei den britischen Truppen in Kapstadt einzutreten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Eine russische Erfindung.

Berlin, 22. Juli. (B. L. B.) Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Nach einer Mitteilung in den „Wasser Nachrichten“ entblödet sich der russische Generalstab nicht, folgende Meldung zu verbreiten: Oesterreichische Soldaten des VI. Korps, die in den ersten Tagen des Juli in der Gegend von Cholem gefangen genommen wurden, versichern, daß die Deutschen in Rawka-Rudla (nordwestlich Zemberg) 5000 russische Gefangene füllten haben. Sie fügen bei, daß die als Verstärkung eingetroffenen Soldaten einen großen Friedhof gesehen haben, wo alle diese Hingerichteten bestattet waren.

Es wäre unangebracht, an eine von so niedriger Gestimmung zeugende Veröffentlichung auch nur ein Wort der Widerlegung zu verschwenden.

Die Cholera.

Wien, 22. Juli. (B. L. B.) Die Neutermeldung aus Verona, nach der in Oesterreich täglich mehrere tausend Cholerafälle vorkämen, entspricht nicht den Tatsachen. In der Zeit vom 20. bis 28. Juni wurden 211, bis 8. Juli 80 und bis 20. Juli 200 Fälle gezählt. Auch diese Fälle ereigneten sich hauptsächlich in den von den Russen wie in anderer so auch in sanitärer Hinsicht in jämmerlichem Zustande zurückgelassenen galizischen Gebieten und in den übrigen Kronländern fast ausschließlich bei vom Kriegsschauplatz kommenden Individuen, insbesondere bei russischen Kriegsgefangenen.

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht. Während unsere Offensive im Cadore, welche in den Hochtälern des Cordebolle, des Boite und des Ansel unternommen wurde, sich fortgesetzt energisch entwickelte, und während in Karnten unsere Artillerie mittleren und schweren Kalibers mit wirksamen Ergebnissen fortfährt, die Widerstandskraft der feindlichen Befestigungswerke am Fozzo zu erschüttern, wird der Kampf immer intensiver. In Plava machten wir einige schwer errungene Fortschritte. Gegen Görz wurde ein Teil der Höhenlinie, die auf dem rechten Ufer die Stadt und die Brücken über den Fozzo deckt, gewonnen. Auf dem Karstplateau wurde der Feind aus einigen Schützengräben vertrieben. Die Aktion nahm auch während der Nacht einer erbitterten und hartnäckigen Fortgang. Außer Maschinengewehren, Gewehren und Munition in bis jetzt noch nicht festgestellter Menge fielen viele weitere Gefangene in unsere Hände. Die Gesamtzahl der in den letzten drei Tagen vom 18. Juli bis zum 20. Juli gemachten Gefangenen beträgt 3478, darunter 76 Offiziere und Aspiranten. Uebereinstimmende Aussagen der Gefangenen bestätigen, daß die Verluste des Feindes sehr schwer sind. Dies geht auch aus der Menge der in den Schützengräben gefundenen Leichen hervor. Unsere Truppen halten unermüdet im Kampfe aus. gez. Cadorna.

Die französisch-italienische Verständigung.

Paris, 21. Juli. (B. L. B.) Der „Matin“ sagt, daß die kürzliche Reise Porro nach Frankreich und seine Unterredung mit Joffre das erste Ergebnis gezeitigt haben, daß ein französisch-italienischer Ausschuss gebildet worden sei, dessen Sitzungen auf der italienischen Botschaft in Paris stattfinden. Die erste Sitzung wurde heute abgehalten.

Turin, 21. Juli. (B. L. B.) Wie die „Stampa“ erzählt, wird in Rom die wichtige Tatsache lebhaft besprochen, daß der Untergeneralsstab das Hauptquartier verlassen hat nicht nur, um an der ersten Sitzung des Oberkomitees für die Herstellung von Waffen und Munition teilzunehmen, sondern auch zu dem Zweck, die Verhandlungen, die mit der französischen und der englischen Regierung getroffen worden sind, auszubauen und zu vertiefen. Die General Porro anvertraute Mission tritt immer deutlicher in die Erscheinung. Sie hat einen politisch-militärischen Charakter. Während General Cadorna sich die Oberleitung der militärischen Operationen vorbehält, werden General Porro alle Aufgaben anvertraut, die den fortdauernden und unmittelbaren Kontakt zwischen Regierung und Generalstab betreffen.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskrieg.

Frankfurt a. M., 22. Juli. (B. L. B.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus London berichtet die „Morning Post“, daß 22 Mann des russischen Dampfers „General Rabekty“ (2118 Tonnen) in Peterhead an Land gebracht worden sind. Der Dampfer, der durch ein deutsches Unterseeboot bei den Schellandsinseln in den Grund gehöhrt worden ist, gehörte nach Riga und war mit einer Ladung Bauholz von Archangelsk nach London unterwegs.

Kopenhagen, 22. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Rigauschen Bureaus.) Der dänische Schooner „Charlotte“ landete in Frederikshavn die Besatzung der norwegischen Galeasse „Nordlyset“, die am Montag bei Kap Lindesnaes durch ein deutsches Unterseeboot in Brand geschossen worden war. Die „Nordlyset“ war mit Grubenholz von Arendal nach Granton unterwegs, hatte also Bannware an Bord.

Der U-Bootskrieg und die Neutralen.

London, 22. Juli. (B. L. B.) Unterhaus. Auf eine Frage erklärte Mr. Kamara, bis zum 20. Juli seien 95 neutrale Schiffe durch deutsche Unterseeboote und Minen zerstört worden.

Das Schicksal der „Pommern“.

Berlin, 22. Juli. (B. L. B.) Einer Reiter-Meldung zufolge hat Mac Kamara im Unterhaus mitgeteilt, daß das am 2. Juli in der Ostsee von einem englischen Unterseeboot versenkte Linienschiff der Deutschlandklasse das Linienschiff „Pommern“ gewesen sei. Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in der Ostsee bisher überhaupt kein deutsches Kriegsschiff durch ein feindliches Unterseeboot zum Sinken gebracht worden sei. Die angeführte Meldung des Reiterischen Bureaus lautet: London, 22. Juli. Im Unterhaus erklärte Mac Kamara, daß nach einer halbamtlichen Mitteilung der russischen Regierung der Kommandant des britischen Unterseebootes, das am 2. Juli das Schlachtschiff

„Pommern“ in der Ostsee torpediert hatte, Commander Max Horton gewesen sei, derselbe Offizier, der sich schon während der früheren Kriegszeit bei Helgoland ausgezeichnet habe.

Die amerikanische Antwortnote.

Washington, 22. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reiterischen Bureaus. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, Deutschland mitzuteilen, daß es als unfreundlicher Akt angesehen werden würde, wenn neuerdings Amerikaner durch einen Angriff deutscher Unterseeboote ihr Leben verlieren. In der Note wird mitgeteilt, Deutschland müsse dafür sorgen, daß die Unterseeboote im Einklang mit dem Völkerrecht handelten. Es wird Schadenersatz für den Tod der amerikanischen Bürger verlangt, die mit der „Lusitania“ untergegangen sind. Die Vorschläge Deutschlands, wonach die amerikanischen Schiffe unbefehligt bleiben würden, wenn sie kein Banngut führten und daß Amerika vier Schiffe für den transatlantischen Verkehr einstellen solle, werden zurückgewiesen. Man erwartet, daß die Note am Freitag nach Berlin geschickt wird.

Greys Antwort auf den norwegischen Protest.

Kopenhagen, 22. Juli. (B. L. B.) Die norwegische Regierung erhebt auf ihren letzten Protest gegen die Verletzung der norwegischen Neutralität durch britische Kriegsschiffe jetzt eine Note Greys über, worin dieser mitteilt, er habe bis jetzt nur einen Bericht über den Fall des Dampfers „Gallas“ erhalten. In der Note wird der norwegischen Regierung das tiefste Bedauern der britischen Regierung wegen der Verletzung des norwegischen Gebietes ausgedrückt, die ohne Zweifel nur durch Unachtsamkeit geschehen konnte. Die britische Admiralität ersucht alle britischen Schiffe, die in den nordischen Gewässern die Küstfahrt führen, vor norwegischem Gebiet den größten Respekt zu zeigen.

Das belgische Nationalfest im Kriegsjahr.

Brüssel, 22. Juli. (B. L. B.) Wie in den früheren Jahren, so sammelten sich auch diesmal am Vormittag des 21. Juli, des Nationalfesttages, erhebliche Menschenmassen am Brouderereplatz und am Märtyrerplatz an. Als der Menschenandrang so stark wurde, daß der Verkehr stockte, wurden vom Gouvernement an einzelnen Stellen der Gegend zwischen Boulevard Anspach und Nordbahnhof mehrere Kompagnien aufgestellt, die bis um elf Uhr nachts dort verblieben, da der Menschenauflauf, in der Hauptsache Neugierige, Frauen und Kinder, bis in die Abendstunden hinein sehr groß war. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Zu einem Einschreiten des Militärs kam es nirgends. Der Sicherheit halber wurde Anordnung getroffen, daß die öffentlichen Lokale, Theater, Kinematographen usw. um acht Uhr abends geschlossen wurden.

Manifest der Flämen.

Haag, 22. Juli. (B. L. B.) Eine der belgischen Regierung nahestehende Gruppe von führenden Flämen veröffentlicht ein Manifest, in dem sie bei aller Betonung ihrer Loyalität die völlige Selbständigkeit und Selbstregierung Flanderns fordert. Das Manifest begrüßt die flämische Bewegung, die auch nach dem Kriege fortdauern werde.

Finanzielle Kriegsfolgen.

London, 21. Juli. (B. L. B.) Oberhaus. Lord Ribblesdale wies auf die Vernichtung von Kapital und Kredit in ganz Europa durch den Krieg hin, wodurch die finanzielle Stabilität des ganzen Kontinents bedroht werde. Lord Lansdowne sagte, obwohl vielleicht manche Nation mit vergrößertem Landgebiet und vermehrtem Ansehen aus dem Kriege hervorgehen werde, so werde es keine mit ungeschwächten Kräften tun. Die Folgen des Krieges würden nicht nur den Fortschritt und die Prosperität aufhalten, sondern eine Zeit finanziellen Desasters herbeiführen. Lord Cromer verglich die Haltung der Nation den Staatsausgaben gegenüber der eines Spielers, der jeden Maßstab für den Wert des Geldes verlor. Alle Anstrengungen von Parlament und Nation würden sich nach dem Kriege viele Jahre hindurch auf die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts beschränken müssen. Gewisse Beamte schienen zu glauben, daß mit dem Kriege jede Kontrolle über militärische und maritime Staatsausgaben aufgehört habe. Die Deutschen machten es jedenfalls anders, bei ihnen gingen Sparsamkeit und Schlagfertigkeit Hand in Hand.

Das Abkommen im Kohlenbergbau.

Amsterdam, 22. Juli. (Privattelegramm des „Borworts“.) Die „Daily News“ begrüßt das Südwälder Abkommen, das einen persönlichen Triumph Lord Georges darstelle. Die „Times“ stellt dasselbe fest mit dem Bedauern, daß das Munitionsgesetz nicht durchgedrungen sei. Die Krisis sei zwar vermieden, aber die Autorität des Staates nicht gerade verstärkt. Die Gewerkschaften hätten das Vertrauen auf ihr Zusammenwirken mit der Regierung betrogen.

Die Zugehörigkeiten umfassen eine 50prozentige Erhöhung des Standardlohnes von 1875 und 10prozentige Minimalzuschläge auf den neuen Standardlohn; ferner die Bezahlung eines Sechstagelohnes für Fünftagarbeit an alle in Nachsicht Beschäftigten an Stelle des bisherigen 45prozentigen Zuschlags. In diese Vereinbarung sind die Oberarbeiter und sämtliche Verbandmitglieder einbezogen. Die Vereinbarung gilt bis zu einem halben Jahr nach dem Krieg und ist nach dieser Zeit nur vierteljährlich kündbar. Sie sichert vor Strafmaßnahmen, was tatsächlich nicht nur eine Garantie gegen Maßregelungen, sondern auch die offizielle Nichtanwendung der proklamierten Munitionskrieg bedeutet. Der Schlußparagraph der Vereinbarung besagt, daß die Streitkräfte mögliche Steigerung der Kohleproduktion in nationaler Notzeit anstreben. Die Vereinbarung stimmt ungefähr mit dem jüngsten Abkommen des britischen Bergarbeiterverbandes überein. Der Lohngewinn beträgt unmittelbar nur 5 Prozent, steigt aber parallel der Preissteigerung.

Die Stimme der Freiheit unterdrückt.

So sagt Ramsay MacDonald im „Labour Leader“ vom 8. Juli. Selbst die Reden der Arbeitervertreter im Parlament scheinen jetzt nichts anderes zu besagen als: „Unsere einzige Pflicht ist, die Deutschen zu schlagen. Laßt uns unser Land ruinieren, um zu beweisen, daß wir nur dieses eines Sinnes sind.“

Rur die J. R. P. (unabhängige Arbeiterpartei) dient noch der Freiheit. Sie erkennt noch die Aufgabe, Europa den Willen zu bringen, im Frieden zu leben. So lange das nicht

erreicht ist, nützt es nichts, wenn englische Soldaten in den Parks von Potsdam kampieren.

London, 22. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Ringstone an der Themse ist eine Versammlung der Friedensfreunde gesprengt worden. Die Teilnehmer sind mit faulem Obst und Eiern beworfen worden. Die Menge verfolgte die Teilnehmer bis zum Bahnhof.

Nationale „Sozialisten“.

London, 22. Juli. (B. L. B.) Das sozialistische Komitee für die nationale Verteidigung, das sich kürzlich im Gegensatz zur Unabhängigen Arbeiterpartei gebildet hat, plant eine große Versammlung, auf der die Haltung Ramsay MacDonalds und Keir Hardies angegriffen werden soll. Das Manifest des neuen Ausschusses bezeichnet die friedensfreundlichen Sozialisten als Träumer, deutsche Agenten und Pseudosozialisten. Französische und belgische Sozialisten werden an der Versammlung teilnehmen.

Einberufung der Duma.

Ein Ukas des Zaren ordnet die Einberufung der Duma für den 1. August an.

Lyon, 22. Juli. (B. L. B.) Wie der Nouvelliste aus Petersburg erfährt, wird der Finanzminister der Duma sofort nach ihrem Zusammentritt einen Gesetzentwurf unterbreiten, der die Staatsbank ermächtigt, eine weitere Milliarde Rubel Banknoten auszugeben.

Die Stimmung in Russland.

„Retsch“ bringt einen Artikel des Bischofs Rikow über die entsetzliche Unwissenheit und Teilnahmslosigkeit, welche die russischen Bauern, die nicht lesen und schreiben können, dem Kriege gegenüber bezeigen. Die wildsten Gerüchte laufen um, die nicht einmal in der Presse wiedergegeben werden können. Die Bauern betrachten den Krieg gar nicht als ihre eigene Angelegenheit. — Dasselbe behauptet in einem zweiten Artikel der bekannte Nationalökonom Lujan Barranowski. Er nennt als Ursache der Niederlage die Teilnahmslosigkeit des ganzen russischen Volkes im Gegensatz zum deutschen Volke, das von einem gemeinsamen Siegeswillen befeuert sei. Alle Berechnungen von Sachkennern, daß Deutschland nach Ablauf von zehn Monaten völlig erschöpft und aller Rohmaterialien beraubt sein würde, hätten sich als völlig irrig erwiesen. Die Deutschen schienen jetzt mehr Munition und Kriegsmaterial zu haben als beim Beginn des Krieges. Die Industrie sei nicht nur zurückgegangen, sondern habe sich sehr gefestigt. Deutschland gelte, zu welchen grandiosen und unglaublichen Resultaten man kommen kann, wenn die ganze Bevölkerung organisiert sei. Das Geheimnis läge darin, daß das ganze Volk von einem Willen zum Siege durchdrungen sei. Lujan Barranowski empfiehlt den Russen das deutsche Beispiel dringend zur Nachahmung.

Italien und die Türkei.

Rom, 22. Juli. (B. L. B.) (Meldung der Agenzia Stefani.) Die „Tribuna“ hebt hervor, daß die italienische Öffentlichkeit sich mit berechtigter Unruhe und Erregung fragt, welches die Absichten der osmanischen Regierung seien, indem sie die bereits sehr kritische Lage der Italiener in der Türkei noch verschärfe und verhinde, daß sie sich einschiffen können. In gewissen Vilajets hätten die Behörden ihre Absicht, die Italiener in Konzentrationslagern zu internieren, nicht verheimlicht. Außerdem führten jungtürkische Mächte in diesen Tagen einen unaufhörlichen, ziellosen und unberechenbaren Feldzug gegen Italien, was die Erregung in der osmanischen Bevölkerung nur erhöhen könne. Dieser Feldzug sei mit Einverständnis der Zensur unternommen worden, die nach Angaben der osmanischen Regierung handele. Endlich müsse man auch die zahlreichen Versuche von türkischen Offizieren und Sendboten nicht außer Acht lassen, die Bestrebungen der Zensur zu fördern und den heiligen Krieg gegen Italien zu predigen. Alles dies gesehe im Widerspruch mit den Versicherungen der osmanischen Regierung. „Tribuna“ schließt, es sei notwendig, daß dies alles aufhöre. Die osmanische Regierung müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, daß sie, indem sie diesen Tatsachen gegenüber untätig verbleibe, die Verantwortlichkeit dafür übernehme, die immer ernster erscheinende Lage der Beziehungen zwischen Italien und der Türkei seien, was Italien betreffe, seit seinem Eintritt in den europäischen Konflikt nicht verändert. Man müsse wissen, ob die osmanische Regierung anderer Meinung sei.

„Idea Nazionale“ drückt dieselbe Meinung aus und greift die Tatsachen wirklicher Feindseligkeit der Türkei gegenüber Italien heraus, die in Italien nicht gebuldet werden könnten. Das Blatt drückt das Vertrauen in die Regierung aus, daß sie die Frage der Beziehungen mit dem Osmanenreich erledigen werde. „Giornale d'Italia“ erinnert an die Angriffe „Hilals“ (des Organs der Jungtürken und hauptsächlich Ender Paschas und seiner österreichisch-ungarischen und deutschen Freunde). Das Blatt erklärt, da in der Türkei eine strenge Zensur bestehe, so gehe die Presse der osmanischen Presse in den Angriffen gegen Italien mit gutem Beispiel voran. Man dürfe sich darüber nicht wundern und auch nicht darüber betrübt sein. Aber man müsse sich fragen, welche Absichten die Presse gegenüber Italien habe. Wir wollen nicht, so schreibt „Giornale d'Italia“ weiter, vorzeitig unbegründete Voraussagen machen. Aber da die unermüdeten Angriffe der osmanischen Presse in demselben Augenblick erfolgen, wie die Herausforderungen gegen die Italiener und die Verletzung der Immunität der Konsuln, so geben sie uns doch den Eindruck eines vorbedachten Planes, dessen Ziel und Wirkungen wir abwarten wollen. Das Blatt schließt mit der Feststellung, daß die italienische Presse mit ungetrübter Ruhe der Türkei gegenüber verbleibe, während die osmanischen Behörden den Italienern zusehen und die jungtürkische Presse sich gegenüber Italien aggressiv verhalte.

Italien und die Zukunft der Dardanellen.

Aus Italien wird uns geschrieben: Der parlamentarische Führer der russischen Kadetten, Herr Miljukoff, hat dem Korrespondenten einer römischen Zeitung Mitteilungen darüber gemacht, welche Lösung die Entente für die Frage der Dardanellen ins Auge gefaßt hätten. Der russische Parlamentarier hat dabei von einem geschriebenen Vertrag zwischen London, Paris und Petrograd gesprochen, der Russland den Besitz der beiden Ufer der Meerenge sichern soll, mit soviel Hinterland, als zu ihrer Befestigung erforderlich ist. Den Kriegsschiffen aller Mächte, mit Ausnahme Russlands, soll der Zugang zum Schwarzen Meer verboten sein, während die Handelsflotte aller Flaggen freien Zugang hätte. Ähnliche Erklärungen, wenn auch weit allgemeiner und unbestimmter gehalten, hat der russische Minister des Auswärtigen, Sazonoff, dem Korrespondenten desselben Blattes gemacht. Weiter heißt es im „Giornale d'Italia“, daß die englischen und japanischen Kreise in Petrograd ein Abkommen zwischen England, Russland und Frankreich über die Dardanellenfrage zugehen, aber sagen, daß hierdurch nur im Allgemeinen die russischen Inter-

essen sichergestellt werden. Italien hätte sich an diesem Abkommen nicht beteiligt und nähme von der Frage der Meerengen diplomatisch bis jetzt überhaupt nicht Notiz.

Diese Mitteilungen des „Giornale d'Italia“ haben das Organ der Nationalisten, die „Idea Nazionale“ stutzig gemacht, um so mehr, als vor kurzem davon die Rede gewesen war, daß Italien einen Teil seiner Flotte nach den Dardanellen entsenden werde, welche Nachricht allerdings offiziell demontiert wurde. Das nationalistische Blatt meint, daß die Erklärungen des russischen Ministers wohl so aufzufassen wären, daß die russischen Interessen am Schwarzen Meer gewahrt werden würden, daß aber die genaueren Angaben Miljukoffs über ein militärisches Monopol, das Russland im Schwarzen Meer erlangen soll, nicht glaubwürdig seien. Die Frage gehe außer Frankreich und England auch Italien an, und auch die beiden Balkanstaaten, die Häfen am Schwarzen Meer haben, nämlich Rumänien und Bulgarien. Es sei deshalb nicht anzunehmen, daß die Alliierten eine Regelung dieser Frage ins Auge faßten, ohne Italiens Interessen zu berücksichtigen.

Bulgarien gegen die englische Blockade.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Konstantinopel von zuverlässiger Quelle gemeldet: Bulgarien hat in London energisch gegen die englischen Blockademassregeln vor den bulgarischen Häfen am Ägäischen Meer als im Widerspruch zu den Rechten der Neutralen stehend, Protest erhoben. Bulgarien fordert die Aufhebung der Blockade und ist fest entschlossen, falls seine Vorstellungen keinen Erfolg haben sollten, Gegenmassregeln zu ergreifen.

England und der griechische Handel.

Athen, 22. Juli. (B. L. B.) Meldung der Agence Havas. Da Griechenland darauf hinwies, daß die Bemühungen der Alliierten zur Verhinderung von Kontenbanden den griechischen Handel schädigen könnten, hat die englische Gesandtschaft die griechische Regierung benachrichtigt, daß England die Einfuhr gestatten könne, aber nur unter der Bedingung, daß Griechenland garantiere, daß diese importierten Waren nicht an den Feind weitergeschickt würden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden heute beginnen.

Die Lage in Ägypten.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Konstantinopel: Aus Kairo wird zuverlässig gemeldet: Ueber die Untersuchung wegen des jüngsten Anschlages auf den von den Engländern eingekerkerten Khebidin wird strengste Geheimhaltung bewahrt. Der Khebidin wollte nach dem Anschlag abhandeln und unternahm deshalb mehrere Schritte. Die Engländer zwingen ihn jedoch, auf seinem Posten zu verharren. Die Engländer beschäftigten, ägyptische Soldaten in englischer Uniform nach den Dardanellen zu entsenden. Die Soldaten rekrutierten jedoch, so daß auf ihre Verwendung verzichtet werden mußte.

Ganz gewaltig ist der Zustrom Verwundeter nach Ägypten. Die großen weltberühmten Hotels Renshouse, Heliopolis, Palace Semiramis, Savoy und Gezireh Palace sind in Hospitäler umgewandelt. Das Gleiche gilt für Alexandria und Suez. Der von australischen Soldaten eingeschleppte Typhus verurteilt wahrhafte Verheerungen, dabei macht sich das Fehlen an sanitärem Material sehr bemerkbar. Im Lande gewinnt zunehmender Mähmut die Oberhand. Die Heuschreckenplage die in so furchtbarer Form wie jetzt noch nie aufgetreten ist, richtet unermessliche Verwüstungen an.

Die Lohnbewegung in der amerikanischen Rüstungsindustrie.

Paris, 21. Juli. (B. L. B.) Der „Matin“ meldet aus New York: 500 Mechaniker und 100 Maurer der Waffenfabrik Remington traten in den Ausstand. Der Fabrikbetrieb steht still.

Bridgeport (Connecticut), 22. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Vizepräsident der Maschinisten erklärte, die Schwierigkeit in den Remington-Werken sei behoben. Der Streik sei abgefaßt worden. Die Leute würden die Arbeit am Montag aufnehmen.

New York, 22. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Sehr viele Maschinisten der Munitionsfabriken in Bridgeport haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiterführer sagen einen allgemeinen Ausstand voraus; die Arbeitgeber erklären, sie könnten genug geschulte Arbeiter aufstreifen und beherrschen somit die Lage.

Amsterdam, 22. Juli 1915. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Der New Yorker Korrespondent der „Daily News“ berichtet, daß der Streik in Bridgeport wahrscheinlich zehntausend Arbeiter ergreifen wird. Er werde manche Fabriken mit enormen Lieferungsverträgen zwar nicht stillsetzen, aber immerhin ihre Geschöferzeugung ernsthaft treffen. Die Verbandsbeamten weigern sich, die Instruktionen des streikfeindlichen Comperds anzunehmen. Der Korrespondent behauptet, daß die Arbeiter selbst ihre Forderung von Deutschland bestochen glauben, was jedoch ihre Folgeleistung widerfönnig machen würde. Auch meldet er, daß in den bestreikten Werken ein großer Teil ungarischer Arbeiter beschäftigt sei, unter denen 10 000 Rumänen einer in New York und Chicago erscheinenden ungarischen Zeitung verteilt wurden. In dieser Zeitung wurden die Arbeiter aufgefordert, keine Munition für den Brudermord herzustellen.

Der Streik beim Petroleumtrust.

New York, 21. Juli. (B. L. B.) Ueber die bereits gemeldeten Unruhen unter den Arbeitern der Standard Oil Company in Bayonne wird weiter berichtet: Streikende versuchten, die Anlagen der Standard Oil Company zu stürmen. Die Wächter feuerten ihre Revolver ab, verwundeten drei Streikende und zerstreuten die Menge. Eine spätere Meldung besagt: Die Unruhen in Bayonne haben sich wiederholt. 50 Personen wurden verwundet, darunter auch Polizisten. Die verwundeten Streikenden wurden in Spitäler gebracht. Wie der Chef der Polizei angibt, zählte die Menge, die die Fabriken stürmen wollte, 5000 Personen.

New York, 22. Juli. (B. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von den Personen, die an den Unruhen in Bayonne teilgenommen haben, ist eine den Verlesungen erlegen. 53, darunter 3 Polizeiangenoten, sind in die Spitäler übergeführt worden. Dem Sheriff war es gelungen, die Aufmerksamkeit der Menge auf sich zu lenken, indem er versprach, seinen Einfluß zur Herbeiführung eines Vergleiches aufzuwenden. Auf diese Weise betrug die Menge zum Auseinandergehen. Einige Zeit darauf ist in dem Bürogebäude der Liberator Oil Company, einer Unter-

gesellschaft der Standard Oil Company deren Angestellte sich bisher weigerten am Streik teilzunehmen, der Ausbruch eines Feuers entdeckt worden. Das Gebäude brannte nieder. Zum Schutze der Anlagen der Standard Oil Company wurden zweihundert Mann herbeigebracht. Militz will der Gouverneur aber erst senden, wenn die Ortsbehörden die Lage nicht mehr beherrschen.

Australiens Kriegsausgaben.

London, 22. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Im australischen Repräsentantenhaus hat Premierminister Fisher erklärt, der Krieg habe Australien bis Ende Juni dreißig Millionen Pfund Sterling gekostet. Von der Reichsregierung habe Australien 15½ Millionen erhalten und werde noch 9 Millionen bekommen.

Generalanwalt Hughes führte aus, dieser Krieg sei ein Krieg von Blei, Zink und Kupfer. Bei der Beherrschung des Metallmarktes durch die Deutschen sei es nicht genügend, die gegenwärtigen Kontrakte zu lösen, um zu verhüten, daß Deutschland die Kontrolle über den Metallmarkt wieder gewinnt. Nötig sei, in Australien einen Metallmarkt unter Kontrolle der Regierung ins Leben zu rufen.

Kriegsbekanntmachungen.

Warnung an Deutsche in neutralen Kriegsbedarfsbetrieben.

Berlin, 22. Juli. (B. L. B.) Wie verlautet, sind in den neutralen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Personen deutscher Abstammung als Arbeiter, Ingenieure oder in sonstiger Eigenschaft in Betrieben tätig, die sich mit der Herstellung von Kriegsbedarf für unsere Feinde befassen. Alle diejenigen, die auf solche Weise die feindliche Kriegsmacht stärken und dadurch Deutschlands Kriegsführung erschweren, laden nicht nur eine schwere moralische Schuld gegen ihr Vaterland auf sich, sie machen sich auch — was nicht allgemein bekannt zu sein scheint — nach den deutschen Gesetzen wegen Landesverrats strafbar.

Der § 89 des Reichsstrafgesetzbuches lautet nämlich:

Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. . . .

Ferner bestimmt der § 4 Absatz 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuches, daß ein Deutscher wegen einer Landesverratsdelikten Handlung auch dann verfolgt wird, wenn die Handlung im Ausland begangen ist. Sofern also Personen, die sich an der Herstellung von Kriegsbedarf für die Feinde Deutschlands beteiligen, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können sie strafgerichtlich verfolgt werden, sobald sie deutschen Boden betreten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die deutschen Strafverfolgungsbehörden jeden Deutschen, der in dieser Zeit seine Pflichten gegen das Vaterland verletzt, ohne Rücksicht zur Verantwortung ziehen werden.

Zur Bestandserhebung von Seide usw.

Amlich, Berlin, 22. Juli. (B. L. B.) Am 15. Juli 1915 ist eine Bekanntmachung über Bearbeitungsvorbehalt und Bestandserhebung von Seiden und Seidenabfällen durch die Militärbehörden veröffentlicht worden, über deren Tragweite in Interessentenkreisen Zweifel zu bestehen scheinen. Wir haben vom Reichsministerium des Innern die Auskunft erhalten, daß die Verordnung sich lediglich auf solche Seidengarne bezieht, die zu Webzwecken verwendet werden können. Reine Nähgarne, besonders solche auf Rollen, Boden usw., werden davon nicht betroffen werden und sind nicht meldepflichtig. Ebenfalls nicht betroffen sind Seidenabfälle, die in § 2 der Verordnung ausgeprochene Verarbeitungsverbote gilt nur für Bourrette-Seiden und Bourrette-Garne. Die Verbände an Schappe- und Luffabfälle und an den übrigen in § 3 Nr. 3-6 der Verordnung aufgezählten Seiden und Seidengarne unterliegen zwar der Meldepflicht, ihre Verarbeitung ist aber nach wie vor zulässig.

Soweit die Meldung nicht in diesem Sinne erfolgt ist, muß eine sofortige Reuemeldung erfolgen.

Wirtschaftsblatt für Heer und Marine.

Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß das Velleidungs-Beschaffungsamt Berlin unter der Bezeichnung Wirtschaftsblatt für Heer und Marine (W.-Bl.) eine vorläufiglich wöchentlich oder zweimal im Monat erscheinende Zeitschrift vorläufig für die Dauer des Krieges herausgeben wird.

Das Blatt soll den für das Beschaffungswesen in Betracht kommenden Dienststellen eine Uebersicht der wichtigsten Maßnahmen, Verfügungen und wirtschaftlichen Vorgänge im gesamten Heeres- und Marinebeschaffungswesen geben. Auch soll es die Öffentlichkeit, insbesondere die amtlichen Vertretungen von Handel und Gewerbe, die industriellen und gewerblichen Verbände, Anbieter und Verbraucher, von den für sie wertvollen Tatsachen unterrichten. Durch die Zeitschrift werden nicht nur alle Erlasse, die diese Kreise interessieren, sondern auch die für sie wichtigen Veröffentlichungen der Militärbehörden, die bisher nur durch die Tages- und Fachpresse verbreitet wurden, bekannt gegeben.

Ankündigungen gegen Bezahlung können keine Aufnahme finden. Schriftleitung und Geschäftsstelle des W.-Bl. befinden sich im Amtsgebäude des Velleidungs-Beschaffungsamtes, Berlin SW 11, Kottbuscher Platz 4, Fernsprecher Lützow 2087, 2187, 2188.

Bestellungen auf das Blatt nehmen das Velleidungs-Beschaffungsamt Berlin und der Verlag von August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 36/41, entgegen.

Der Bezugspreis einschließlich Versand beträgt 3 M. für das Vierteljahr.

Letzte Nachrichten.

Der italienische Kriegsbericht.

Rom, 22. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht von heute abend 7 Uhr: In Tirol, in Trentino und in Ärnten ist die Lage unverändert. Auf der Sontofront fuhr unsere Offensive gestern fort sich in der ganzen Zone vom Arn bis zum Hochplateau des Karst zu entwickeln. Hier behaupteten wir nach einer Rückkehr der Offensive des Feindes, der unseren linken Flügel von der Sontofront abdrängen suchte, trotzdem unsere früheren Stellungen und drangen an einigen Punkten merklich vor. Neuerdings wurden viel Gefangene, etwa 500, gemacht und die Auslagen der Gefangenen lassen erkennen, daß beim Feinde Verstärkungen eingetroffen sind, die nach den Erklärungen der Gefangenen selbst schleunigst und in aufgelösten Formationen an die Front geschickt wurden, um die äußerst großen Verluste des Feindes auszugleichen. General Cadorna.

Französisches Unterseeboot vernicht.

Frankfurt a. M., 22. Juli. (B. L. B.) Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Genf aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird das französische Unterseeboot „Youle“ seit dem 23. April vernichtet. Es ist bisher keinerlei Nachricht wieder von ihm eingelaufen, so daß an dem Untergang des Bootes nicht mehr gezweifelt werden kann.

Der französische Nationalrat.

Die „Humanité“ vom 18. Juli enthält den Wortlaut der Resolution, in der der am 14. und 15. Juli abgehaltene Nationalrat (der etwa unserem Parteiausschuß entspricht, keinesfalls aber mit dem französischen Parteitag zu verwechseln ist) der sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs seine Verhandlungen zusammengefaßt hat. Ueber die Verhandlungen selbst sollen keine Berichte veröffentlicht werden, wie denn die Sitzung nach dem Zeugnis der „Humanité“ den Charakter einer streng vertraulichen, hermetisch noch außen abgeschlossenen Zusammenkunft trug. Die „Humanité“ begnügt sich damit, festzustellen, daß die Debatten umfangreich, aber vom brüderlichen Geist der Angehörigen einer großen Familie getragen waren. Und auch das brauche nicht verhehlt zu werden, daß von Anfang an für alle Teilnehmer feststand, daß die Pflicht der nationalen Verteidigung gegen den Imperialismus sich bedeute mit der Pflicht des Sozialismus.

Vertreten waren nach Angabe der „Humanité“ mit wenigen Ausnahmen sämtliche Departementsföderationen, aus denen sich die französische sozialistische Partei zusammensetzt. Den Vorsitz führte Renaudel. Als Gäste waren anwesend Georg Weill und Vandervelde. Zunächst wurden die Berichte der permanenten Verwaltungskommission sowie des Verwaltungsrates und der Redaktion der „Humanité“ entgegengenommen. Der Nachmittag des 14. Juli war sodann der Aussprache über die allgemeine Lage gewidmet. Eine Kommission zur Redigierung der Resolution wurde eingesetzt, die am Morgen des 15. tagte, worauf der Nationalrat am selben Vormittag in einstündiger Schlußsitzung die von Renaudel verlesene Resolution ohne Debatte und mit begeisterten, einstimmiger Zustimmung annahm.

Die Wiedergabe der Resolution nimmt in der „Humanité“ zwei volle Spalten in Anspruch. Wir geben in folgendem die parteipolitisch wichtigsten Stellen der Resolution im Wortlaut wieder:

Im Eingang beglückwünscht sich der Nationalrat zu der Feststellung, daß die Partei noch elf Monaten des blutigen Ringens trotz aller Verluste über ihre volle Aktionskraft verfüge. Sein Vertrauen zu der Sache der Alliierten und des republikanischen Frankreichs sei unerschütterlich. Dann werden die Anstrengungen aufgezählt, die die Partei unmittelbar vor Ausbruch des Krieges zur Aufrechterhaltung des Friedens gemacht habe, und es werden die Ende Juli veröffentlichten Kundgebungen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie angeführt, aus denen erhelle, wer die Schuld an dem verhängnisvollen Konflikt trage. Ohne Zögern, einmütig, überzeugt vom Rechte Frankreichs, von Frankreichs Willen zum Frieden, habe die sozialistische Fraktion die Rechte für die nationale Verteidigung bewilligt. „Der Nationalrat“, heißt es in der Resolution, „billigt diese Entscheidung, die alle anderen nach sich zog.“

Der Nationalrat begrüßt das Erwachen des Gewissens, das sich in Deutschland vollzieht, wo sich den ersten Protesten der Liebknecht, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Ledebour, Mehring das kraftvolle Bekenntnis der Soose, Bernstein, Kautsky anschließt, sowie das Manifest der 200 Funktionäre, die aber heute schon mehr als 1000 geworden sind. So vollzieht sich selbst im deutschen Sozialismus die Prüfung, die dem Sozialismus aller Nationen auferlegt ist, um seine Verantwortlichkeiten und seine Pflicht gegenüber den Regierungen wie gegenüber der Internationale festzustellen.

Seit, nach elf Monaten des Krieges, ist der Nationalrat der Ansicht, daß ein dauerhafter Friede nur auf folgenden Grundlagen möglich ist:

1. Auf dem Prinzip der Nationalitäten, das den Willen einschließt, jede Annexionspolitik zu vermeiden und zugleich den unterdrückten Völkern Europas wieder das Recht zu geben, über sich selbst zu verfügen und zu den Nationen, von denen sie getrennt worden sind, zurückzukehren.
 2. Auf der absoluten Achtung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nationen.
 3. Auf der Organisation des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens, das die Völker zugleich zur Einschränkung der Rüstungen, zur demokratischen Kontrolle der von den Regierungen abgeschlossenen Verträge und zur Erreichung einer internationalen Vollzugs Gewalt verpflichtet.
- Um diese Resultate herbeizuführen und um aus der Welt zu verjagen die abstoßlichen Träume einer Hegemonie, die Europa unter den Stiefelabsatz des brutalsten, angriffslustigsten und gemeinsten Imperialismus bringen würde, erklärt sich der Nationalrat von neuem bereit, das Werk der nationalen Verteidigung ohne Rücksicht und ohne Nachlassen zu unterstützen. Mit der Gesamtheit des französischen Volkes und seiner Alliierten erstrebt er die Befreiung des heroischen und lokalen Belgiens sowie der eroberten Gebiete Frankreichs und die Wiederherstellung des Rechts für Elsaß-Lothringen.

Es folgt dann ein weitläufiger Appell an die Regierungen und das Parlament, in der Organisation und der Kontrolle der Verteidigung ihre Pflicht zu tun, damit die heroischen Opfer des Volkes nicht nutzlos gebracht seien.

„Die Regierung muß“, heißt es weiter, „den Alliierten voranschreiten, die feierliche Verpflichtung einzugehen, in Zukunft alle Streitigkeiten, die unter ihnen ausbrechen könnten, einem internationalen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen. Alle neutralen Staaten müssen eingeladen werden, sich diesem Akte anzuschließen. Allen anderen Nationen, die sich anschließen wollen, muß die Tür weit geöffnet sein. Und wenn eine solche Initiative Erfolg hat, wird Frankreich durch seinen Willen zum Frieden, zur Freiheit der Individuen und der Nationen sich wieder einmal die Dankbarkeit der ganzen Welt verdienen.“

Sodann wird die Deklaration des Londoner Kongresses bekräftigt und auf neue „vor der sozialistischen Welt festgesetzt, daß Frankreich keine Schuld an dem europäischen Konflikt trägt, daß es sich nur gegen den vorbedachten Angriff des deutschen Imperialismus verteidigt. Der Parteitag erklärt, daß der Kampf, der den Alliierten durch die deutsche Regierung aufgezwungen ist, zu einem logischen Ende geführt werden muß, d. h. zur Niederlage des deutschen Militarismus, damit der Welt die große und notwendige Lektion gegeben wird, wie der Versuch einer Hegemonie an dem Widerstand der freien Völker sich bricht.“

Aus diesem Krieg, damit er der letzte sei, muß ein neues Europa hervorgehen, das gegründet ist auf dem Respekt vor den Verträgen und der Unabhängigkeit der Nationen, in dem die Völker, die wieder das Recht erhalten, über sich selbst zu verfügen, endlich die erdrückende Bürde des Militarismus abwerfen können.“

„Indem der Nationalrat“, heißt es zum Schluß, „jede Eroberungspolitik, soweit sie über die rechtmäßigen Wiederherstellungen hinausgeht, und jeden Gedanken der Schwäche vor der Invasion zurückweist, billigt er aufs neue die Politik, die die permanente Verwaltungskommission und die Parlamentsfraktion befolgt haben, und gibt beiden Körperlichkeiten das Mandat, im selben Geiste unerschütterlicher Festigkeit das Werk der nationalen Verteidigung fortzuführen.“

Eine Kritik der Resolution ist um so weniger nötig, als die in Frankreich erstarrende Opposition selbst die Parteileitung zu einer Änderung in ihrer Haltung zu veranlassen sucht. Die drei als Bedingung für einen dauernden Frieden gestellten Forderungen berühren sich mit dem, was der Wiener Kongreß der deutschen und österreichischen Sozialisten verlangt hat. Für uns deutsche Sozialisten bleibt aber völlig unverständlich, wie sich die französischen Parteinstanzen die Niederlage des deutschen Militarismus durch Fortsetzung des gegenwärtigen Völkerringens vorstellen. Selbst den unwahrscheinlichsten Fall angenommen, Deutschland könne militärisch entscheidend niedergeboren werden, so ist damit keineswegs das in der Resolution gemäße Ziel erreicht, daß dieser Krieg der letzte sei. Sehr wenig klar ist auch der weitere Wunsch nach „Wiederherstellung des Rechts für Elsaß-Lothringen“. In Verbindung mit dem in der Resolution verübten „Prinzip der Nationalitäten“ könnte das bedeuten, daß die französische Parteinstanz der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung das Recht auf selbständige Beschlußfassung über ihre staatliche Zugehörigkeit verschaffen will. Der Schlußsatz, daß der Nationalrat jede Eroberungspolitik zurückweist, „soweit sie über rechtmäßige Wiederherstellungen hinausgeht“, läßt aber weitergehende Auslegungen zu. Mit diesem unverständlichen Satz könnten schließlich sogar die Phantasieereien auf Rückgabe Schlesiens an Dänemark usw. begründet werden. Die Formulierung der Kriegsziele durch den Nationalrat mag zwar den Bedürfnissen der Regierung und der bürgerlichen Parteien Frankreichs entgegenkommen, aber einer klaren sozialistischen Politik dient sie weder innerhalb noch außerhalb Frankreichs. Das Echo, das der französischen Partei aus der deutschen Presse entgegenfällt, dürfte dafür genügend Zeugnis ablegen.

Eine neutrale Stimme zum französischen Parteikongreß.

Das Züricher „Volksrecht“ schreibt zu der von uns bereits mitgeteilten Resolution des französischen Parteikongresses:

„Diese Resolution bereitet nicht nur den in Opposition zur Durchhaltepolitik stehenden Genossen in den kriegführenden Staaten, sondern auch uns Neutralen eine herbe Enttäuschung. In ihr ist nur vom Willen durchzuhalten bis ans Ende und um jeden Preis, vom Niederknien des deutschen Militarismus und Imperialismus — als ob es nicht auch einen französischen Militarismus und Imperialismus gäbe! — die Rede. Mit keinem Wort kommt der Wille zu einer unmittelbaren internationalen sozialdemokratischen Friedensaktion zum Ausdruck. Und doch hatten wir erwartet, daß diese Geschäfte, haben doch auch eine Reihe französischer Organisationen, so die sozialistische Vereinigung der Haute Vienne, das Aktionskomitee der sozialistischen Frauen Frankreichs und andere in diesem Sinne an den Conseil National vom 14. Juni petitioniert.“

Der „Conseil National“ (Nationalrat) hat übrigens nicht die Bedeutung eines Parteitages (Congrès), wo die Gesinnung der proletarischen Massen — und wir wissen, daß diese auch in Frankreich sehr den Frieden verlangen — viel mehr zum Ausdruck gekommen wäre, als an dieser Tagung, wo nur die Delegierten der Departements und nicht der Parteifaktionen zum Worte kamen.

Es ist das Bedauerliche an dieser Resolution, daß sie ein Zurückgehen hinter die Beschlüsse der Londoner Konferenz bedeutet. Nicht minder bedauerlich finden wir es, daß sie mit Einstimmigkeit angenommen werden konnte. Diese Einstimmigkeit soll zwar nicht leicht zu erreichen gewesen sein. Clemenceau will im „Homme Enchaîné“ wissen, daß die Sitzungen des Kongresses sehr bewegt waren und daß es, bevor man sich über die Redaktion der Resolution einigen konnte, vier Sitzungen bedurfte, um eine neue, allen zusagende Formel zu finden. Wir werden in der Annahme kaum fehl gehen, daß dieser starken Opposition zuliebe jene Wünsche an die Regierung betreffend sofortige Annahme schiedsgerichtlicher Verträge in die Resolution aufgenommen wurden. So sehr ja gerade dieser, der beste Teil der Resolution, unsere Zustimmung hat, müssen wir doch bedauern, daß die Opposition sich mit einigen Konzessionen beschwichtigen und die Forderung nach einem internationalen sozialistischen Kongreß fallen ließ.

Inzwischen werden auch in Frankreich Massenelend und Kriegsmüdigkeit immer größer und werden dafür sorgen, daß der Friedenswunsch immer stärker wird. Es war wohl ein Trugschluß, wenn man glaubte, mit einer kriegerischen Resolution den Gegner von der Möglichkeit eines längeren Krieges überzeugen und auf diese Weise dem Frieden dienen zu können.“

Weiteres zur Tagung des Nationalrats.

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet: Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat mit besonderer Betonung hervorgehoben, daß sein jüngster Beschluß, wodurch er für die Partei die Politik des unerschütterlichen Durchhaltens im Kriege bis zur gänzlichen Vernichtung des „deutschen Imperialismus und Militarismus“ ankündigte, mit Einstimmigkeit gefaßt sei, und auch die bürgerliche Presse Frankreichs hat diese Einstimmigkeit mit besonderer Bemerkung begrüßt. Wir haben in unserem Bericht über die Verhandlungen des Nationalrats schon hervor, daß man sich vor dieser Einstimmigkeit das richtige Bild nur machen könne, wenn man die Erörterungen über den Beschluß, die vier Sitzungen erforderte, kenne. Der Nationalrat hatte aber beschlossen, diese Erörterungen geheim zu halten, da vorher bereits aus der Partei sich Kundgebungen Bahn gebrochen hatten, die sich gegen die nationalstaatlichen Tendenzen der den Ministern der Partei im Kabinett Viviani und einigen anderen Führern, wie Bailant, folgenden Pariser Parteileitung richteten. Dahin gehörte namentlich der Beschluß des Parteiverbandes des Departements der oberen Vienne (Limoges), der letzterer mangelhafte Fühlung mit der Gesamtpartei zum Vorwurf machte und in dem es u. a. hieß:

Wir wünschen im Interesse des Sozialismus, der Arbeiterklasse und unseres Vaterlandes das Ende des Krieges. Selbstverständlich fordern wir nicht den Frieden um jeden Preis, aber wir denken, es sei nicht die Aufgabe der sozialistischen Partei, den Krieg ins Endlose zu treiben, kriegerische Akzente anzunehmen und die Ehren für jede Friedensgerichte zu verschließen.

Der Beschluß tadelt ferner die Formel vom Durchhalten als „eine gefährliche Zweideutigkeit“ und erklärt dazu:

„Was verstehen wir darunter? Will man allen jenen, die eine mögliche Gelegenheit, die Feindseligkeiten durch einen „ehrlichen Frieden“ zu beendigen, den Kredit verweigern und erklären, ein Vertrag mit Deutschland sei nur an dem Tage zu erwägen, wo das deutsche Volk einen 4. September durchführt, den Kaiser über Bord geworfen und eine Republik gegründet habe? Glaubt man denn, den Frieden der Vernichtung des deutschen Militarismus unterordnen zu können, der doch, wie alle Militarismen, nur verschwindet wird durch die im Rahmen der Nation sich vollziehende Aktion der Arbeiterklasse? Glaubt man etwa andererseits, diesen Krieg nur dann zu beendigen, wenn es möglich sein wird, den Kaiserreichen des Zentralkontinentals die Befreiung der von ihnen unterdrückten Nationen aufzuzwingen, während die Verbündeten die Unterdrückung anderer Nationen aufrechterhalten? Diese Art, Hypothesen aufzustellen, ist gewiß wünschenswert, aber vollständig problematisch, eine solche Friedensdiskussion ist für uns unannehmbar, denn sie trägt allen den verschiedenen Realitäten nicht genügend Rechnung und schließt die Anwendung der sozialistischen Methode aus.“

Seine eigenen Forderungen stellt dieser Departementsverband, der drittstärkste der Partei, endlich dahin auf:

Die sozialistische Partei Frankreichs soll nicht durch die Forderungen von einigen Journalisten, die in ihrem Namen schreiben, eine so kriegerische und prahlerische Rolle spielen, die den Chauvinismus hüteln, die Partei entmutigen, und desavouiert seine Versuche, die etwa unternommen werden dürften durch sozialistische Parteien anderer Länder, um die Mittel zur Beendigung dieser entsetzlichen Schänderei, die das Blut unschuldiger Völker in Strömen fließen läßt, zu finden. Die Partei schenkt allen Friedensvorschlügen, gleichgültig woher sie kommen, ein bereitwilliges Ohr, selbstverständlich in der Voraussetzung, daß die territoriale Unabhängigkeit Belgiens und Frankreichs durch die Wafis der Diskussion unberührt bleibt.

Dementsprechend fordert dieser Parteiverband schließlich auch noch die Wiederherstellung einer engeren Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen im Lande und eine „scharfere Kontrolle“ der Pariser Zentralleitung durch alle Genossen. Wie gesagt, war es nicht anzunehmen, daß diese Strömung, welcher die Pariser Zentralleitung vollständig das Wort nach außen mit Hilfe der Zensur zu unterbinden unternommen hatte, in den Pariser Verhandlungen des Nationalrates nicht zum Ausdruck gekommen sein sollte. In der Tat ist dies auch der Fall gewesen. Wie die sozialistische Berner „Tagwacht“ erzählt, fand der oben erwähnte Beschluß des Verbandes der oberen Vienne in der Debatte des Nationalrates die volle Zustimmung von etwa 13 Provinzverbänden von den insgesamt 64 Provinzverbänden, die die Partei zählt. Die Pariser Zentralleitung hatte vergeblich versucht, den Beschluß ganz unter den Tisch zu schieben, wie sie es schon vorher mit ihm gemacht hatte, indem sie den Beschluß und Bericht des Verbandes von Limoges in die Provinzverbände zur Kenntnisnahme weitergab, abgelehnt hatte. Auch in der parlamentarischen Gruppe sind, wie die „Tagwacht“ aus derselben Quelle meldet, die Meinungen geteilt. Um den Genossen Pressemane, einen der Unterzeichner des Beschlusses, scharen sich etwa 20 Deputierte, die seine Anschauungen teilen. Der Pariser Zentralleitung ist es nun zwar geglückt, im Nationalrat die Meinungsverschiedenheiten nach außen zu überkleistern und seiner Tendenz die Oberhand zu sichern. Wie weit er damit aber die Mehrheit der Partei im Lande hinter sich hat, bleibt dennoch eine Frage für sich. Jedenfalls sind es in dem Beschluß die Worte, welche „das Erwachen des Gewissens in Deutschland“ bei gewissen Genossen des deutschen Sozialismus begründen, und vor allem die Erklärung, die (französische) sozialistische Partei glaube, die Regierung Frankreichs werde sich ehren vor der Menschheit, wenn sie aus den Schrecken des Krieges selbst den Strahl des Lichtes herborgelien ließe, der die Welt zum Frieden führe, mit dem die nationalstaatliche Zentralleitung in Paris die provinziellen Gegenströmungen zum Anschluß an den verhängenen Beschluß bewogen, um nach außen die Einheit der Partei zu befestigen.

Politische Uebersicht.

Eine zweite sozialistische Fraktion in Württemberg.

Stuttgart, 22. Juli. (W. T. B.) Die Abgeordneten Beckmeyer, Engelhardt und Hoshke haben dem Präsidium der Zweiten Kammer des Landtags angezeigt, daß sie sich zu einer sozialistischen Fraktion (im Gegensatz zur sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags) zusammenschließen haben.

Freie Eisenbahnfahrt für Urlauber.

Das Reichsfinanzamt hat sich endlich bewegen gefunden, dem einstimmig gefaßten Beschluß des Reichstags zuzustimmen, wonach den im Felde stehenden Soldaten bei jeder Art von Urlaub freie Eisenbahnfahrt in die Heimat und zurück gewährt werden solle. Es hat etwas lange gedauert, bis diese Entschliebung herauskam, und einer großen Reihe von Soldaten wären mitunter sehr erhebliche Ausgaben erspart worden, wenn die Zustimmung rascher erfolgt wäre. Vielleicht entschließt sich das Reichsfinanzamt nun, auch baldigst der Anregung zuzustimmen, den in Lazarett und in Kurorten untergebrachten kranken und verwundeten Soldaten anstatt der absolut unzureichenden Krankenlohnung die ihnen sonst zustehende Löhnung voll zu bezahlen. Wir verkennen nicht, daß die Ausgabe eine ziemlich hohe ist; in diesem Kriege aber, in dem man längst verlernt hat, mit Millionen zu rechnen, vielmehr nur noch nach Milliarden rechnet, kann die Summe, die verletzten Soldaten zugute kommt, wirklich keine Rolle mehr spielen.

Pöddelski's Kartoffelgeschäfte.

Im April ging durch die Zeitungen unter deutschem Himmel auf die Person des Herrn v. Pöddelski ein Geschichtchen, wonach der frühere Landwirtschaftsminister ein Kartoffelgeschäft mit der Stadt Berlin abgeschlossen hatte, dann aber, als die Aussicht bestand, daß die Kartoffelpreise gewaltig steigen würden, sich seinen Verpflichtungen entzog mit der Bemerkung, er habe keine Kartoffeln mehr. Später, als dann die Preise sanken, habe der Minister seinerseits auf die Erfüllung des Vertrages durch die Stadt Berlin bestanden. Diese habe ihm aber erwidert, da er nach seiner eigenen Erklärung keine Kartoffeln mehr hätte, wäre sie selber imstande, ihm aus ihrem Ueberfluß Kartoffeln abzugeben. Auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ — ein konservativ gerichtetes Blatt — hatten in ihrer Abendnummer vom 28. April dieses interessante Geschichtchen übernommen. Nunmehr überliefert Erzählung v. Pöddelski den „B. N. N.“ folgende Verichtigung:

Es ist unrichtig, daß ich mit dem Berliner Magistrat einen Abbruch auf einen Abbruch über ein sehr erkleckliches Kartoffelquantum jemals getätigt habe. Vielmehr habe ich niemals Kartoffeln an den Berliner Magistrat verkauft. Es ist deshalb auch unrichtig, daß ich das Lieferungsbegehren des Magistrats mit dem Bescheide „ich hätte keine Kartoffeln“ beantwortet habe und daß mir eine letzte Frist gesetzt und eine Klage auf Schadenersatz angedroht ist.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemerken dazu: „Wir haben dieser Verichtigung selbstverständlichen Aufnahme gewährt. Nach Erläuterung an maßgebender Stelle sind wir belehrt worden, daß das fragliche Kartoffelgeschäft mit einer Aktiengesellschaft für Kartoffelverwertung abgeschlossen wurde, deren Aufsichtsratsvorsitzender und Hauptaktionär Eggelens von Podbielski ist. Weiter brauchen wir wohl nichts hinzuzufügen.“

Gegen die Preistreiber!

Der Magistrat München wandte sich in seiner letzten Sitzung am Dienstag, den 20. Juli, äußerst scharf gegen die Milchpreistreiber und beschloß, sich sofort in einer dringlichen Darstellung an die Regierung von Oberbayern, das Ministerium des Innern und an das Generalkommando des I. bayerischen Armeekorps zu wenden mit dem Ersuchen, zu erwägen, ob nicht jenen Händlern, die die Abgabe von Milch an die Stadt verweigern, ein Verkaufsverbot aufgelegt werden soll. Unser Genosse Eduard Schmid brachte in dieser Sitzung eine Reihe von Beispielen, wie es die Milchhändler treiben. Die städtischen Suppenanstalten erhalten keine Milch mehr, auch die Armen und Säuglinge können nicht mehr mit Milch versorgt werden, weil die Milchhändler sich mit dem von der Stadt bezahlten und vertraglich vereinbarten Preis von 22 Pf. nicht zufrieden geben. Auf welche Abwege der Milchhandel gelangt, zeigt ein von Schmid vorgetragener Fall. Im Häuserblock einer Terraingesellschaft hat eine Milchfrau einen Laden inne und sie wandte sich brieflich an die Bewohner dieses Häuserblocks mit der Bitte, ihr Milch abzunehmen und sie dadurch zu unterstützen, da ihr Mann für's Vaterland gefallen sei. Sie sagte anfangs zu, die Milch den Liter um 20 Pf. abzugeben, steigerte aber bald den Preis auf 28 Pf. Nunmehr stellte sie heraus, daß diese Kriegserfrau lediglich Ladnerin ist. Geschäftsinhaberin ist die Terraingesellschaft selbst, die nun den Nutzen aus der Melke mit dem gefallenem Mann zieht.

Der Magistrat beschloß ferner, sich telegraphisch an den Bundesrat zu wenden und energisch gegen die geplante Weitererhöhung der Getreidehöchstpreise zu protestieren.

Das Ausfuhrverbot für Obst und Beeren.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt folgende Mitteilung: In verschiedenen Blättern der Tagespresse finden sich in letzter Zeit Mitteilungen darüber, daß Obst in großen Mengen nach Holland ausgeführt werde, um in England zu Wermelade verarbeitet zu werden, oder daß holländische Händler die deutsche Obsterte in manchen Gegenden für diesen Herbst bereits aufgekauft hätten, um sie zur Ausfuhr zu bringen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bereits am 5. September 1914 ein Ausfuhrverbot für Obst und Beeren, sowohl für frische als auch für konservierte Ware aller Art erlassen wurde. Ausnahmen von diesem Verbot auf Einzelanträge hin sind für die diesjährige Ernte nicht bewilligt worden. Da auch in Zukunft keine Ausnahmen von dem Ausfuhrverbot bewilligt werden, so müssen etwaige Aufkäufer die Ware im Inland zum Verkauf bringen. Sollten sie sich nicht rechtzeitig dazu bereit finden lassen, so würden sie sich der Gefahr aussetzen, daß ihre Vorräte enteignet werden.

Eine Denkschrift zur Sicherstellung der Volksernährung.

Die sozialdemokratischen Thüringer Landtagsabgeordneten haben in Ausführung eines Beschlusses der am 4. Juli in Weimar abgehaltenen Konferenz, für die Verbrauchsdauer der kommenden Ernte und Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung von Ueberschneidung der Konsumenten, an die Ministerien im Großherzogtum Sachsen, in den Herzogtümern Altenburg, Meiningen, Coburg-Gotha, den Fürstentümern Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt und den beiden Reichs, eine Denkschrift überreicht.

In der Denkschrift wird dargelegt, daß es auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen unbedingt das richtige sei, die gesamten Kommunalverbände Thüringens (einschließlich der preussischen Landesteile) zu einem einheitlichen Wirtschaftsverbande oder Kommunalverbände zusammenzuliegen. Die Selbstwirtschaft sei für die gesamten thüringischen Kommunalverbände bei Zusammenfluß gewährleistet. Denn durch das Verbot der Verfüttung von Brotgetreide würden selbst in Thüringen vom Erntertrag über den Bedarf zur menschlichen Ernährung noch große Ueberschüsse verbleiben. Als Beispiel hierfür wird in der Denkschrift der Kommunalverband Landratsamt Rudolstadt angeführt, der trotz nur mäßigen Getreidebaues doch unter Zugrundelegung eines Durchschnittsertrages und eines Verbrauchs von 9 Kilogramm Getreide pro Kopf und Monat für die 32 000 Einwohner des Kreises einen erheblichen Ueberschuss ergebe, der nicht weniger wie 120 400 Zentner ausmacht. Der also vollkommen genüge, um die Einwohner der Nachbar-Kommunalverbände Stadt Rudolstadt und Kreis Königsee mit Brotgetreide zu versorgen.

Es wird dann weiter die Möglichkeit eines ungehinderten Grenzverkehrs infolge des Zusammenschlusses aller Thüringer Kommunalverbände dargelegt. Sodann wird die Veseitigung der Ungerechtigkeiten verlangt, die darin liegt, daß die Brotmarkenempfänger wesentlich weniger erhalten als die Selbstversorger. Es wird gebeten, die Erhöhung der pro Kopf der Bevölkerung gewährten Menge Mehl bezw. Brot in Erwägung zu ziehen und eine ganze Reihe weiterer, näher begründeter Vorschläge zur Sicherstellung der Volksernährung und zur Verhütung von Ueberschneidungen der Konsumenten gemacht. Die Denkschrift unterbreitet zum Schluß nochmals den Staatsbehörden die dringende Bitte, alle Möglichkeiten zu erwägen, welche dienen der Erreichung einer

1. einheitlichen Organisation für die Thüringer Staaten zwecks Verteilung von Brot und Mehl;
2. erheblichen Steigerung der Mengen an Mehl oder Brot für die einzelne Person unter Gleichstellung der Brotmarkenempfänger mit den Selbstversorgern;
3. Herabsetzung der Getreidepreise;
4. Freigabe erheblicher Mengen von Getreide zur Fabrikation von Lebensmitteln;
5. Preisregelung und gerechte Verteilung der Fleisch- und Fettwaren;
6. Sicherstellung der zur menschlichen Ernährung notwendigen Kartoffelmengen aus der kommenden Ernte;
7. Herabsetzung der Zuckerpriese und genügende Freigabe von Verbrauchszucker.

Die sächsische Regierung für Fleisch-Höchstpreise.

Der Reichskanzler hat an die sächsische Regierung den Auftrag gerichtet, zu der Frage der Höchstpreise für Vieh und Fleisch Stellung zu nehmen. Die sächsische Regierung hat ihren Standpunkt wie folgt dargelegt: „Das sächsische Ministerium verheißt sich keineswegs, daß den Einwendungen gegen Höchstpreise eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, aber weit berechtigter erscheint ihm der Gegenstand, daß der jetzige Zustand, der auf die Stimmung großer Volkskreise — durchaus nicht nur des Arbeiterstandes — geradezu vergiftend wirkt, nur zu einem Teile auf natürlichen Ursachen, zu einem weiteren Teile aber auf wucherischen Mächenschaften beruht, und daß das Rechtsbewußtsein des Volkes ein Einschreiten gegen dieses Treiben nachdrücklich verlangt. Ein solches Einschreiten, so zweifelhaft und so gering seine Wirkung auch veranschlagt werden mag, ist nachgerade eine politische Notwendigkeit. Der Weg der strafrechtlichen Bekämpfung des Kriegswuchers hat sich leider bisher als nicht gangbar erwiesen; so bleibt denn nur die Festsetzung von Höchstpreisen übrig. Das sächsische Ministerium des Innern spricht sich hiernach zusammenschließend dafür aus: 1. daß von Reich wegen Höchstpreise für Schlachtschweine in Gestalt von Stallpreisen festgesetzt werden; 2. daß von Reichswegen weiter den Kommunalverbänden die Pflicht auferlegt wird, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, Höchstpreise für Schweinefleisch festzusetzen; 3. daß von Reich wegen die Schlachtung von nicht schlachtreifen Schweinen (unter 80 Kilogramm) sowie von öffentlich oder nachweislich trächtigen Kindern und Säuen verboten wird. — Das sächsische Ministerium des Innern würde es, wie es wiederholen möchte, für eine unabwiesbare politische Notwendigkeit halten, daß die Regierung selbst ohne Rücksicht auf die Erreichbarkeit des gesteckten Zieles zum mindesten den Versuch macht in die jetzige Gestaltung der Fleischpreise, unter der die minderbemittelte Bevölkerung sehr schwer leidet, regelnd und ausgleichend einzugreifen, wenn sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen will, dem wucherischen Treiben beteiligter Kreise durch ihr Gewährenlassen Vorschub zu leisten. Der oben empfohlene Weg verspricht aber nach seiner Ueberzeugung auch tatsächlich zu dem anzustrebenden wirtschaftlichen Erfolge zu führen.“

Verfüttung von Getreide in Oesterreich erlaubt.

Eine Verordnung des Ackerbaueministers im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Handels bestimmt über die Verwendung von Getreide und Mehlprodukten zu Futtermitteln: Die Verfüttung von Wintergetreide und von Mais der neuen Ernte unterliegt keiner Beschränkung. Die festgesetzte Verbrauchsmenge von durchschnittlich einem Kilogramm täglich für jedes Pferd bleibt bis auf weiteres aufrecht. Von der im eigenen Betrieb geernteten Gerste dürfen die Landwirte höchstens ein Viertel der Gesamterzeugung an ihr eigenes Vieh verfütteln.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der Partei des Niederrheins nahm Stellung zu den Verhandlungen und Beschlüssen der letzten Sitzung des Parteiausschusses. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die Bezirksleitung der Partei des Niederrheins bekennt sich nochmals ausdrücklich zu dem in ihrem Memorandum vom 23. Juni dargelegten allgemein- und parteipolitischen Standpunkt. Sie bedauert, daß der Parteiausschuss die damit gebotene Richtigkeit einer Einigung innerhalb der Partei ausgeschlossen und so die Herbeiführung ihrer Geschlossenheit gegenüber den künftigen Aufgaben erschwert hat.

Ganz unangebracht hält die Bezirksleitung den Beschluß des Parteiausschusses gegen die Haltung des Genossen Haase, die sie vollkommen billigt und den Parteimitgliedern als Richtschnur empfiehlt.

Im Wahlkreis für Anhalt II gelangte nach einem Referat des Abg. Bender, bei einer Stimmenthaltung, einstimmig eine Resolution zur Annahme, die sich mit der Haltung des Genossen Bender und mit der Politik der Reichstagsfraktion einverstanden erklärt. Die Konferenz bedauert jene Bestrebungen, die eine Umkehr auf dem am 4. August vorigen Jahres beschrittenen Wege fordern. Die Konferenz spricht jenen Genossen, deren Kampfmittel eine schwere Erschütterung der Geschlossenheit der Partei unweigerlich zur Folge haben müssen, ihre schärfste Mißbilligung aus.

In einer stark besuchten Parteiversammlung in Biedrich-Wiesbaden referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Bogtherr über „Das Gebot der Stunde“. Eine von der Versammlung einstimmig angenommene Resolution begrüßt den Aufruf der Genossen Haase, Verstein und Kautsky und fordert den Genossen Haase zum Ausbarren auf seinem Posten auf. Die Resolution protestiert ferner gegen den vielfach geübten Lebensmittelwucher. ...

Eine Erklärung.

Die unterzeichneten Vertrauensmänner des Sozialdemokratischen Vereins Ottensen erklären: Das „Hamburger Echo“ brachte in der Nummer vom 10. Juli unter „Altona und Umgegend“ die Mitteilung, daß die Vertrauensleute des Ortsvereins Ottensen mit circa 70 gegen 17 Stimmen eine Vertrauensresolution für die Fraktionspolitik gefaßt und ihre Mißbilligung über die radikalen Genossen, insbesondere auch über den Genossen Haase ausgesprochen hätten. Die Mitteilung über das Stimmenverhältnis ist unwar. Wahr ist vielmehr, daß am Schlusse der Sitzung nach dem Weggange von Genossen, die zweifellos auf radikalem Boden stehen, abgestimmt wurde, mit dem Ergebnis, daß die erste Abstimmung zweifelhaft blieb. Eine zweite Abstimmung ergab 28 Stimmen für, 17 Stimmen gegen die Vorstandsresolution. 70 Stimmen, die nach dem „Echo“-Bericht allein für die Resolution gestimmt haben sollen, waren überhaupt nicht anwesend. Das zur Beurteilung erforderliche Material, insbesondere auch der Artikel des Genossen Haase, ist im Wortlaut von Vorsitzenden, Genossen Kirch, trotz mehrfacher Aufforderung den Vertrauensleuten nicht vorgelegt.

H. Schmeibing, Franz Kalkowski, Leon Phansa, Carl Rung, Cäcilie Paustian, Heinz Plambek, Frau S. Kalkowski, Emma Plambek.

Theophil Melenz, einer der bedeutendsten Vorkämpfer der ukrainischen Sozialdemokratie Ostgalizien, ist als Soldat der ukrainischen Legion Mitte Juni bei Dalsch gefallen. Er war 1879 als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Schon als Student in Lemberg arbeitete er unermüdet für die Organisation des städtischen Proletariats und der Zwerghauern seiner Heimat. 1900—1905 lebte er in Wien, wo er bei vielen Versammlungen und Feiern die ukrainischen Genossen rednerisch vertret. Er arbeitete viel für die Parteipresse. Die materielle Grundlage seiner Existenz war eine Stelle als Krankenkassenbeamter.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Teuerungszulage von 10 Prozent.

Die Berliner Kürschner beschlossen vor einiger Zeit, von den Unternehmern eine Teuerungszulage von 10 Proz. zu fordern. Die organisierten Fabrikanten der Pelzwarenbranche antworteten auf ein dahingehendes Ansuchen durch ihren Vorstand am 20. Juni in der Hauptsache folgendes:

Wir haben uns bereits öffentlich dahin ausgesprochen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse eine Teuerungszulage im Vergleich zum vorigen Jahre rechtfertigen. Wir empfehlen unseren Mitgliedern, dem Rechnung zu tragen und 10 Proz. auf die Löhne vom Juni und Juli des Jahres 1914 da zu bewilligen, wo nicht bereits eine Erhöhung stattgefunden hat.“

Die Vorstände der Hausindustriellen namens des Vereins der Selbständigen der Pelzbranche und namens des Vereins der Selbständigen der Mützenbranche antworteten zunächst nur mit der Anregung, der Kürschnerverband möge eine Zusammenkunft mit familiären Arbeitgeberverbänden der Pelz- und Mützenbranche herbeiführen. In diesem Falle würden sie daran teilnehmen. — Nachdem die oben mitgeteilte zustimmende Antwort der Fabrikanten eingegangen war, wurde den Organisationen der Hausindustriellen davon Kenntnis gegeben und ihnen anbeimgestellt, falls sie daraufhin noch eine allgemeine Zusammenkunft für erforderlich hielten, möchten sie sie selber einberufen.

Von der Organisation der selbständigen Mützenmacher (Hausindustriellen) lief ein Schreiben ein, worin mitgeteilt wurde, daß ein Teil der Mitglieder schon freiwillig Zulagen gewährt hätte; deshalb sei man gewillt, auch den anderen Arbeitgebern zu empfehlen, die Zulage zu bewilligen. Der Kürschnerverband solle aber auf die nichtorganisierten Arbeitgeber einwirken, daß sie auch die Zulage zahlen.

In diesem Sinne wird auch verfahren werden. Die Hausindustriellen der Pelzbranche haben überhaupt nicht geantwortet.

Im übrigen sind von einer Anzahl Einzelfirmen Bewilligungserklärungen abgegeben worden.

Die Angelegenheit wird weiter bearbeitet werden. Das Fachblatt „Der Kürschner“ wird die Einzelfeststellungen mitteilen.

Wegen gewisser Vorgänge bei der Firma Ebert u. Kranke, die Militärarbeit (Joppen) betrafen, hat sich auf Veranlassung des Kürschnerverbandes die Innung an das Kriegsministerium gewandt, um Mißständen in bezug auf Militärarbeit vorzubeugen.

Einen starken Rückgang der Mitgliederzahl verzeichnet gegen die Zeit der Hochkonjunktur die Berliner Filiale des Sattlerverbandes. Die Schulze gelegentlich der Plenarsitzung vom zweiten Quartal d. J. in der Generalversammlung der Zählstelle Berlin mitteilte, ist die Mitgliederzahl beim Rückgang der Konjunktur ebenso rapide zusammengesunken, wie sie vorher gestiegen ist. Der Heeresbedarf ist offenbar befriedigt. Zwar hat noch ein Teil der Fabrikanten Aufträge, aber die meisten können solche nicht mehr erhalten. Allerdings werden von dieser Situation die gelerntten Arbeiter aus dem Gewerbe noch nicht betroffen, für die qualifizierten Sattler ist immer noch Arbeit vorhanden, da gegen werden die Berufsformen nach und nach abgedrängt. Das zeigt sich allerdings noch nicht auf dem Arbeitsnachweis, da die berufstrenden Arbeiter durch Umschauen demüßt sind, wieder Arbeit in der Branche zu finden. Viele Betriebe, die früher im Großen gearbeitet haben, sind jetzt zu Zwischenmeisterbetrieben herabgesunken und machen nun verzweifelte Anstrengungen, Arbeit zu erhalten und diese mit minderwertigen Arbeitskräften herzustellen.

Die Schulze an markanten Beispielen nachwies, sind in dieser Hinsicht geradezu unbeschreibliche Zustände eingetreten. Es wäre Zeit, daß das Zwischenmeisterstystem wieder wie im Frieden verboten würde.

Mit den anderen Branchen in der Sattlerei steht es auch nicht günstig, besonders läßt sich das von der Reiseartikelbranche sagen. Was die Teuerungszulagen betrifft, so haben die Arbeitgeber eine große Teuerung in Lebensmitteln anerkannt. In ihren Organisationen haben sie den Mitgliedern den Rat erteilt, dort, wo eine Teuerungszulage noch nicht erfolgt sei, eine solche zu gewähren. Es sind aber nur wenige Betriebe, die bisher den Rat befolgt haben.

Der Mitgliederbestand der Berliner Filiale betrug am 1. April 1915 6336, darunter 917 weibliche Mitglieder, am 30. Juni 1915 5111, darunter 642 weibliche.

Die Generalversammlung nahm einstimmig folgenden von Behrer begründeten Antrag der Verwaltung an:

Die am 21. Juli in den „Armin-Hallen“ tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Sattler- und Portefeulienverbandes erklärt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung, 10 000 M. aus den Mitteln der Lokalfasse zur Unterstützung der Angehörigen unserer Kriegsteilnehmer zu verwenden, einverstanden.

Die Unterstützung soll nach folgenden Grundsätzen gezahlt werden:

Unterstützungsberchtig sind die Angehörigen der Kollegen, die vor ihrer Einberufung mindestens ein Vierteljahr der Organisation angehört und bereits vor dem 1. Juli d. J. zum Heeresdienst einrücken mußten. Die Höhe der Unterstützung beträgt in jedem Fall 15.— M.“

Ausland.

Straßenbahnerstreik in Chicago.

Am 18. Juni legten 14 000 Angestellte der Hoch- und Straßenbahn in Chicago, nachdem alle Unterhandlungen ergebnislos verlaufen waren, die Arbeit nieder. Das ganze Geschäftliche der Stadt lag brach. Der Betrieb der Straßenbahn war vollkommen unterbrochen; auf der Hochbahn verkehrten nur ganz wenige Züge. Der Stadtrat von Chicago legte sich sofort ins Mittel, um eine Einigung herbeizuführen. Er setzte zu dem Zwecke eine Kommission von fünf Mitgliedern ein. Die Straßen- und Hochbahngesellschaft warb sofort Streikbrecher und auch Privatpolizisten zum „Schutze des Eigentums“, d. h. um gegen die Streikenden vorzugehen. Sie schreckte aber durch die bewaffnete Bewachung der wenigen Züge, die sie in Verkehr bringen konnte, nur das Publikum ab. Obgleich der Stadtrat in Unterhandlung mit den Streikenden und den Vertretern der Straßenbahngesellschaft war, erließ der Bundesrichter Kohlsaat einen Gerichtsbescheid an die Gesellschaft, den Betrieb unter allen Umständen, wenn notwendig mit Streikbrechern, sofort wieder aufzunehmen. Das drohte die Situation gefährlich zu machen. Nur der Disziplin der Streikenden war es zu danken, daß das provokatorische Vorgehen der Straßenbahngesellschaft und ihrer Angeworbenen nicht Ausschreitungen nach sich zog. Der Streik fand am 16. Juni, morgens 5 Uhr, sein Ende, nachdem sich die Straßenbahner bereit erklärt hatten, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Festgelegt wurde: Jeder Angestellte soll seinen festen Lohn haben; die Arbeitszeit auf den Straßenbahnen soll neun Stunden nicht überschreiten; eine Lohnrevision nach unten darf nicht stattfinden. Das Schiedsgericht hat zu entscheiden über den Lohnstarif, die Dienstzeit bis zum Anspruch auf den Höchstlohn, Arbeitszeit für Hochbahnen, Veseitigung der langen Wartezeit zwischen den einzelnen Touren auf der Hochbahn.

Aus welchen Elementen sich die Streikbrecher, die die Straßenbahngesellschaft herbeizuziehen im Begriff stand, zusammensetzten, ergibt die Tatsache, daß 700 „Grebs“, die in einem Extrazug nach Chicago befördert werden sollten, unterwegs den Zuggruppen der Weiß Bergo Express überfielen, neben anderen Waren für 200 Dollar Speiseeis hielten und zum Schluß den Schuppen demolierten.

Aus Groß-Berlin.

An der Smölde.

Smölde? Komischer Name. Ja, wieviele Berliner kennen wohl diesen märkischen Wasserlauf? Nur ein verschwindender Bruchteil unserer Volkstättbevölkerung ist auf und an diesem großartigen Gewässer schon gewesen. Die Wandererfreunde in der Mark kommen doch viel herum, aber sie sagen immer wieder, daß die nicht allzubreite, langgestreckte Smölde sie ganz wunderbar anzieht. Die weibliche Zeichnung ist wohl aus der schon auf der Karte erkennbaren Verengung einer ganzen Reihe von Gewässern entstanden. In Wirklichkeit ist die Smölde, also die schmale Stelle, ein See, und zwar einer der nach Dutzenden zählenden, die auf der fast ausschließlich von Wasser und Wald gebildeten Landschaft zwischen Königs-Wusterhausen, Storkow und Teupitz die blanken Augen dem entzückten Wanderer öffnen. Die Havelgewässer mit ihrer Umgebung, auch die bei den Müggelbergen stehen gewiß mit Recht im Rufe großer Schönheit, aber schöner sind die von großen Menschenströmen unberührten, von der Industrie fast gänzlich verschonten Gefilde weit hinten in der östlichen naturreinen Mark, und das schönste dorten ist die Smölde inmitten der wunderbaren Königs-Wusterhäuser Forst.

Bald hinter dem im Waldesgrün fast ganz versteckten Dorfe Prieros steigen die Ufer zu beiden Seiten beinahe haushoch an. Was in dichter Fülle auf ihnen gedeiht, sind keine dürftigen märkischen Kiefern, es ist echter Hochwald. Ganz anders als in unserer Heide sehen hier die Tannen und Fichten aus. Auf weiten Strecken überwiegen die Laubgehölze, mächtige Eichen und Buchen. Bis tief zur Erde neigen Tausende von Stämmen ihre schwerbeladenen Zweige, schaffen dem massenhaften Wild aller Art die vortrefflichsten Schlupfwinkel. Ueberhängende Erlen und Birken tauchen durstig ihre Blätter in die Fluten. Niesige Felder von Schilf- und Seerosengewirren kämpfen um die Vorherrschaft am Wasserstrand. Hier fällt der Hochwald jäh vom zerklüfteten Ufer ab, als wolle er sich hineinstürzen in das Wasser, dort gebieten ihm schmale saftige Bienenstriche noch ein kräftiges Halt. Ganze Rudel von Rehen, Hirschen und Wildschweinen ziehen in den Morgen- und Abendstunden zur Tränke. Tausenden treiben ihr lustiges, unermüdbares Spiel zu Hunderten. Noch über ihnen lauern Reiherscharen, stoßen pfeilschnell herab und holen sich aus dem Fischreichtum die sichere Beute. Und nun erst die vielen kleinen Buchten, verschwiegen und traumberlos! Nein, ich habe Schöneres in der ganzen Mark nicht gesehen und verstehe es, wie Ruderer und glückliche Motorbootsbesitzer hier ganze Wochen hausen können. Gar wunderbar sieht es augenblicklich aus. Die Dürre hat den Uferland meterweit vom Wasser befreit. Seetang verdorrt in der Sonne. Tausende von Muscheln lassen sich bleichen. Lange, spitze Sandbänke sind vorübergehend entstanden, und auf ihnen liegt wie ein Braß das Ruderboot.

Die „Wildnis“ läßt auf meilenteile Strecken keine Ansiedelung zu, an der Smölde liegt nicht ein einziges Haus. Nur die braunen Felte der Ruderer verraten menschliches Leben. Gerade diese Waldeinsamkeit verleiht dem Smöldegebiet seinen köstlichen Reiz. Tourenruderer und Tourenwanderer sind fast die einzigen Wasser- und Waldgäste. Selten nur furcht ein Vergnügungsdampfer oder ein Lastkahn die smaragdgrüne Flut. In diesem Sommer zeigt sich etwas bunteres Leben. Erholungsbedürftige, die wegen des Krieges nicht weitestferne Gegenden aufsuchen wollten, haben mit Fröhlichkeit die Dörfer an den sogenannten Teupitzer Gewässern neuentdeckt. Ringsum sind Sommerwohnungen auch für Geld und gute Worte kaum zu haben. Und die Glücklichsten, die hier ein paar Wochen ausruhen dürfen, sagen erstaunt einmütig: „Wir hätten nie geglaubt, daß die Mark so wunderbar schön ist.“ Für Massenwanderungen ist ja die Wusterhäuser Königsforst zu weit von Berlin entfernt. Einzelpersonen, Familien und kleine Gesellschaften kommen hier auf Schritt und Tritt aus dem Bewundern nicht heraus. Die gelegentliche Dampferfahrt durch die Smölde ist zu prächtig, bringt aber viel zu wenig Genuß vom Hochwald. Man steigt am besten bei Forsthaus Neubrück oder an der Brücke vor Prieros aus und steht nach wenigen Minuten mitten im prachtvollen Forst. Wer ausgedehntere Touren machen will, soll die Görliker Bahn bis Groß-Nöris oder von Königs-Wusterhausen die Kleinbahn bis Storkow benutzen.

Briefsendungen nach dem Auslande.

Die Bestimmung der in den Schalterstufen der Postanstalten aushängenden Bekanntmachung, wonach im Verkehr mit dem Auslande nur offene Briefsendungen zur Postbeförderung angenommen werden, wird von den Absendern häufig nicht berücksichtigt. Die Bestimmung ist noch voll in Kraft. Wenn solche Sendungen verschlossen aufgegeben werden, müssen sie den Absendern zurückgegeben oder, wenn diese nicht bekannt sind, nach den Vorschriften für unbestellbare Sendungen behandelt werden. Es liegt daher im eigenen Vorteil der Absender, solche Sendungen nur offen aufzuliefern.

Zur Tarifierhöhung der Straßenbahn.

In der Beratung der Verkehrsdeputation über die Frage der Tarifierhöhung bei den Straßenbahnen wurden von keiner Seite die Anträge der Großen Berliner Straßenbahn zur Annahme empfohlen. Darüber, ob den zuständigen Organen des Zweckverbandes eine Verhandlung auf anderer Grundlage zu empfehlen sei, gingen die Meinungen auseinander.

„Vollkost“ kein vollwertiges Nahrungsmittel.

Durch die Presse ging eine Notiz, daß die Deputation für die Schulpflichtung Versuche vornehme, ein als „Vollkost“ bezeichnetes „neues Nahrungsmittel“ zur Speisung bedürftiger Schulkinder zu verwenden. Die erwähnte Deputation hat lediglich das Medizinalamt um ein Gutachten über die „Vollkost“ ersucht. Das in der gestrigen Sitzung der Schulpflichtungsdeputation vorgelegte Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß das Nahrungsmittel wegen sehr geringen Nährwerts für Zwecke der Schulpflichtung nicht in Frage kommen kann.

Das Wahlbureau in der Stralauer Str. 44/45 wird zum Zwecke der Einsichtnahme in die Wählerlisten recht wenig aufgesucht. Wir erinnern deshalb daran, daß die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl nur noch bis zum 30. Juli ausliegen und zwar an Wochentagen von 9—3 Uhr und am kommenden Sonntag von 9—1 Uhr.

Zwei Monteure durch Kohlenoxydgas getötet.

Ein schwerer, bedauerlicher Unglücksfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich dieser Tage in Steglitz zugetragen.

In dem dortigen Vaußen-Gymnasium war die Heizung schadhaft geworden und da der Heizer der Anstalt im Felde steht, wurden die Heizungsmonitore Peter von de Weghe aus der Bräderstraße 21 in Steglitz und Hermann Lisse aus Schöneberg, die beide in der Fabrik für Heizungsanlagen von Derrlein u. Schoppe in der Martinstraße in Steglitz angestellt waren, mit der Prüfung und Ausbesserung der Heizungsanlage beauftragt. Bei der Ausführung dieser Arbeit bildeten sich Kohlenoxydgase, durch die die beiden Männer in kürzester Zeit betäubt wurden, so daß sie sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnten und ersticken mußten. Als abends auf dem üblichen Rundgange durch die Räume des Gymnasiums die Frau des Schuldieners zufällig auch den Heizraum betrat, fand sie die beiden Monteure vor der Heizung liegend auf. Sie glaubte, die Männer wären eingeschlafen und versuchte sie zu wecken. Zu ihrem Schrecken mußte die Frau bald feststellen, daß die Leute tot waren. Sie holte sofort einen in der Nähe wohnenden Arzt herbei und alarmierte auch die Feuerwehr, die in wenigen Minuten Sanitätsmannschaften mit Sauerstoffapparaten entsandte. Arzt und Samariter stellten stundenlang Wiederbelebungsversuche an, die aber leider erfolglos waren. Die Leichen der Verunglückten wurden polizeilich beschlagnahmt und nach der Friedhofshalle gebracht. Eine behördliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Rennen mit Totalisator?

Auf den von uns wiedergegebenen Offenen Brief des Herrn Tepper-Laski an den Vorsitzenden des Unionklubs, Fürsten Pleß, über das Ergebnis der letzten Rennen in Hoppegarten antwortet an Stelle des im Hauptquartier sich befindlichen Angegriffenen Herr von Deyken in folgender Weise:

Wenn die ausgeschriebenen Propositionen den Reineren Ställen nicht die gewünschte Gelegenheit, Rennen zu gewinnen, gegeben haben, so liegt das zum größten Teile in dem Umstande, daß die größeren Ställe bessere Pferde haben. Sollten, wie ich hoffe, noch weitere Rennen in Hoppegarten abgehalten werden dürfen, so hat die Technische Kommission schon in Aussicht genommen, ausnahmsweise in Anbetracht der mißlichen Lage der Kriegszeit die Propositionen so einzurichten, daß die Reineren Ställe in höherem Maße vor der naturgemäß übermächtigen Konkurrenz der großen Ställe geschützt werden. Interm 26. Juni habe ich darauf dem Landwirtschaftsminister einen Bericht über das Resultat der Rennen erstattet und nochmals hervorgehoben, daß eine weitere Abhaltung von Rennen im Interesse der Jagd, der kleinen Rennensalbstbesitzer und des Personals unbedingt erforderlich wäre. Der Unionklub sei nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln die Gelder herzugeben, aus denen die Rennen dotiert werden könnten, und sei es daher unbedingt notwendig, daß zur Beschaffung weiterer Mittel die Genehmigung zur Aufstellung des Totalisators erteilt würde. Niemand kann es mehr bedauern, wie der Unionklub, daß der Rennbetrieb nicht in größerem Umfange möglich ist. Unter den obwaltenden Verhältnissen konnte aber vorläufig ein Mehr nicht erreicht werden. Bemerkenswert ist, daß die Propositionen für weitere zehn Renntage in Hoppegarten so gut wie fertiggestellt sind. Voraussetzung dafür ist aber natürlich, daß die Genehmigung zum Totalisator erteilt wird.

Hiernach besteht also die Absicht, den Totalisatorbetrieb wieder in Gang zu bringen. Welche Freude für alle Wetter- und Tipper und alles, was damit zusammenhängt, wenn diese Absicht gelingt!

Gausfahrungen

haben in diesen Tagen wiederum bei mehreren Genossen, besonders im 3. Kreis stattgefunden. Es wurden Großküchen und sonstiges Material beschlagnahmt. Ein Genosse wurde mehrere Tage in Haft gehalten, dann aber wieder entlassen.

Ein Schwindler in Uniform bröndschakt auf hiesigen Bahnhöfen. Einer, die vom Urlaub kommen und nach dem Osten zurückkehren. Besonders auf dem Schleißhagen-Bahnhofe lauert er den arbeitslosen Leuten auf. Der falsche Feldgrau, der zuweilen die Gardeligen, zuweilen aber auch den feidgrauen Rod der Linien-Infanterie trägt, erzählt den Kriegern, daß er soeben österröichisches Geld eingewechselt habe. Wenn man das hier beizorge, so komme man erheblich besser weg als im Osten. Die wieder ausrückenden Krieger, die auch gern von dieser guten Gelegenheit Gebrauch machen möchten, übergeben ihr Geld dem vermeintlichen Kameraden, der sich erbietet, es ihnen wechseln zu lassen, und sehen es nicht wieder. Sobald er etwas erbeutet hat, verschwindet der Gauner auf einige Tage und kommt erst wieder, wenn seine Opfer längst abgereist sind. Er ist mittelgroß und hat ein etwas verkorpeltes linkes Obrläppchen. Darauf pflegt er selbst hinzuweisen, um zu zeigen, daß er auch schon im Feuer gestanden habe.

Die Gemüße- und Obhverwertungskurse des Nationalen Frauendienstes erfreuen sich großen Zuspruchs. In den Hausfrauenberatungsstellen Alt-Roabit 86b, Große Frankfurter Str. 52, Potsdamer Str. 127, Müllerstr. 14, Blücherstr. 24, Blücherstr. 12, wurde die Zahl der Einkommende in dieser Woche wieder vermehrt. Es wird den Hausfrauen gezeigt, daß sich mit einfachen Hilfsmitteln in mannigfaltiger Weise Obst- und Gemüsekonserven herstellen lassen. Die Wünsche der Teilnehmerinnen finden weitgehende Berücksichtigung. Auf Veranlassung von Laubpächterinnen wurde in der vorigen Woche u. a. das Dörren von Bohnen gezeigt. Der Nationale Frauendienst wird Einrichtungen treffen, damit die Frauen das von ihnen gezeigte Gemüße und Obst unter sachgemäßer Anleitung in den Hausfrauenberatungsstellen dörren können. Anmeldungen werden bei den Kochenden oder schriftlich Kollendorfsplatz 3 entgegen genommen.

Kleine Nachrichten. Grabhändler sind in der vergangenen Nacht auf dem Garnisonfriedhof in der Hofenstraße aufgetreten. Sie stahlen von den Erbgräbern des Generals von Pelet-Narbonne, des Korpsstabveterinär Professor Körtzen und des Oberleutnants Mayer 24¹, Meter lange Kupferbronzeleiten, die zusammen 300 M. wert sind. Nach dem Ortsefend haben sie an der Nordseite des Friedhofs die Mauer überstiegen. — Erhängt hat sich ein junger Lngar Namens Pfeiler, der im Hause Kochstr. 72 ein möbliertes Zimmer bewohnte. — Durch einen Sprung ins Wasser nahm sich in der vergangenen Nacht der wohnungslose 46 Jahre alte Steinmetzgehilfe Heinrich Birchem das Leben. Der lungenkranke Mann, der schon oft Lebensüberdruß geäußert hatte, sprang kurz vor Mitternacht vom Bethanienufer in den Luisenstädtischen Kanal und ertrank. — Am Luisenufer wurde aus dem Kanal die Leiche einer Arbeiterin Luise Manser gelandet, deren persönliche Verhältnisse und Wohnung noch nicht bekannt sind. — Mehrere Droschkenbesitzer hat ein Schwindler geschädigt, der sich Frank V. Hollen nannte und sich als Vertreter einer amerikanischen Firma ausgab, die Autoreifen aus Palmfaser herstelle, wodurch die jetzt nicht erhältlichen Gummireifen überflüssig würden. Der Schwindler, der stets nur Bestellungen auf ein oder zwei Reifen entgegennimmt, läßt sich eine Anzahlung von 50—70 M. machen und verschwindet dann auf Rimmertwiedersehen.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung.

Die Charlottenburger Stadtverordneten traten Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen wegen der Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer bei den im Herbst notwendig werdenden Ergänzungswahlen. Durch königliche Verordnung vom 7. Juli ist den Gemeinden die Berechtigung verliehen, für die Jahre 1915 und 16 entweder von einer Aufstellung, Berichtigung und Auslegung der Gemeindegewählerrliste abzusehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde zu legen oder bei der gesetzmäßigen

Aufstellung der Liste hinsichtlich der Kriegsteilnehmer eine Minderung der veranlagten Steuerhöhe oder der Einkommensbezüge gegenüber den für die letzte endgültige Liste maßgebenden Verhältnissen außer Betracht zu lassen. Der Magistrat schlug vor, den ersten Weg zu bejahren, als den einfacheren, wobei auch eine bei dem Mangel an Arbeitskräften willkommene Arbeitsersparnis sowie eine Geldersparnis von etwa 5000 M. eintreten würde. Dieem Vorschlag wurde debattelos zugestimmt.

Eine weitere Vorlage betreffend die Vorbereitung der Wahl eines befohlenen Stadtrats anstelle des zum Bürgermeister von Halle gewählten Stadtrats Seydel wurde dem für die Wahl eines solchen Stadtrats (anstelle des ausscheidenden Stadtrats Doll) bereits bestehenden Ausschuss überwiesen.

Hierauf stellten unsere Genossen die Anfrage: „Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen respicive hat er getroffen, um der gegenwärtig bestehenden Kartoffelmot abzuwehren?“ Namens des Magistrats erklärte Stadtrat Goltstein, daß am Mittwochvormittag bereits noch 150 Zentner Kartoffeln von dem Magistrat auf dem Friedrich-Karl-Platz zum Verkauf gestellt worden seien, und daß in den allernächsten Tagen noch weitere beinahe 1000 Zentner, die der Magistrat noch zur Verfügung hat, auf den Markt gebracht werden. Auch sei er bemüht, noch ein weiteres Quartum zu möglichem Preise zu kaufen.

Eine Beiprechung der Interpellation wurde nicht beantragt.

Die Wilmersdorfer Stadtverordneten

sind nicht gerade überlastet. Nachdem zwei Monate oder darüber überhaupt keine Sitzung stattgefunden hatte, war endlich Ende Juni eine Stadtverordnetenversammlung einberufen worden. Vieseldicht hat die Beschlüsse eines liberalen Mitgliedes der Versammlung, das allerdings vom Vorsitzenden desaboniert wurde, mit dazu beigetragen, daß man auf den 21. Juli die Vertreter der Bürgerchaft wieder einmal zusammenbat. Aber auch jetzt gab es nicht viel Arbeit, in knapp zwanzig Minuten war die ganze Tagesordnung erledigt. Einer der Hauptpunkte, die zweite Beratung der Magistratsvorlage betreffend Anrechnung der im Reichs- oder Staatsdienste eines deutschen Kommunalverwandtes auf Grund Privatdienstvertrages zugebrachten Dienstzeit auf die pensionsberechtigende Dienstzeit der städtischen Beamten, wurde auf Wunsch der über die Mehrheit verfügenden freien Vereinigung und des Magistrats selber verlegt. Sodann nahm man ohne Debatte von dem Geschäftsbericht der städtischen Sparkasse Kenntnis und genehmigte eine geringfügige Änderung der Satzungen dieser Kasse. Desgleichen fand auch die Vorlage des Magistrats, des Krieges wegen im Jahre 1915 auf die Aufstellung der Liste der stimmfähigen Bürger zu verzichten, einstimmige Annahme.

Genosse Breitscheid benutzte aber die Gelegenheit, um dem Magistrat dringend ans Herz zu legen, nicht wieder wie es nach dem Verzug des Genossen Riebel und dem Tod des Genossen Schröder der Fall war, ein Jahr lang und darüber mit der Unterabrechnung einer etwa notwendig werdenden Ersatzwahl zu zögern. Besonders die Sozialdemokratie, die zurzeit in der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung nur über zwei Sitze verfügt, werde unter einem solchen Verzicht auf sofortige Neuwahl leiden müssen. Stadtverordneter Dr. Leidig glaubte darauf hinweisen zu sollen, daß die Gefahr einer solchen Hinauszögerung vorausgesetzt, daß man das „Unglück habe“ einen der beiden sozialdemokratischen Vertreter zu verlieren, um so geringer sei, als während des Krieges Wahlkämpfe ja ausgeschlossen seien. Es schloß sich daran noch ein Austausch einiger liebenswürdigen Bescheiden zwischen Breitscheid und Leidig.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann noch eine Hypothekenangelegenheit erledigt.

Soziales.

Die Weihnachtsvergütung ein Teil des Gehalts.

Von der unter dem früheren Vorsitzenden der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts, Dr. Döppel, fast ständig geübten Praxis, das Weihnachtsgeld als freiwillige Leistung anzusehen, ist die Kammer unter dem neuen Vorsitzenden Dr. Kann jetzt endlich abgewichen.

In einem gegen die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ behandelten Falle hatte der die Klage erhebbende Angestellte zehn Jahre hintereinander während seiner Tätigkeitszeit bei der Gesellschaft regelmäßig eine Weihnachtsvergütung in Höhe des jeweiligen Monatsgehältes bekommen. Die Beklagte fügt sich bei ihrer Weigerung, die Vergütung im letzten Jahre zu zahlen, darauf, daß sie im Laufe der Jahre durch Rundschreiben der Kammerchaft wiederholt zur Kenntnis gebracht habe, die Weihnachtsvergütung sei eine freiwillige Leistung. Damit, daß das Gehalt zehn Jahre lang gezahlt worden sei, verleihe es noch nicht die Eigenschaft der Freiwilligkeit. Der Kläger hingegen weist darauf hin, daß die Gesellschaft bei den Angaben über die Gehaltsverhältnisse zum Zwecke der Besteuerung gegenüber den Behörden selber die Weihnachtsvergütung mit angegeben habe. Durch diese Angaben der Gesellschaft sei er gezwungen, den Betrag zu versteuern, es sei demnach wohl nicht mehr als recht und billig, daß er ihn auch erhalte.

Das Kaufmannsgericht sprach dem Kläger die geforderten 250 M. zu und verurteilte die Beklagte in dieser Höhe. Nachdem der Kläger zehn Jahre hintereinander die Vergütung zu Weihnachten erhalten habe, und zwar immer in Höhe des Monatsgehältes, nehme das Gericht an, daß das Gehalt stillschweigend um ein Monatsgehalt vermehrt werden sollte. — Der hiermit von der 4. Kammer vertretene Standpunkt wird auch von den meisten anderen Kammern, unter anderem von der 1. und 3. Kammer, geteilt.

Löhne in den Vereinigten Staaten.

Das Bundes-Arbeits-Departement gab einen Bericht heraus, welcher die Arbeitszeit und die Löhne in der Schmelzindustrie behandelt. Nach diesem Bericht sind im Jahre 1913 noch 70,8 Proz. der Arbeiter bei den Hochöfenanlagen sieben Tage in der Woche beschäftigt. Im Jahre 1907 mußten noch 97,2 Proz. aller Hochöfenarbeiter jeden Tag zur Arbeit antreten. Bei den Arbeitern an offenen Schmelzöfen hat sich die Zahl der ohne jeden Feiertag in der Woche Arbeitenden sogar noch von 1910 bis 1913 um 2 Proz. vermehrt. In den Bessmer-Stahlanlagen sind dagegen die Verhältnisse besser geworden. Während 1907 noch 24 Proz. der Arbeiter keinen freien Tag in der Woche hatten, ging der Prozentsatz im Jahre 1913 auf 10,8 Proz. zurück. Bezüglich der Löhne stellt der Bericht fest, daß sie in den Hochöfenbetrieben, Bessmerwerken und Stahlfabriken im Jahre 1913 um 6 bis 26 Proz. höher waren als in den Berichtsjahren vorher. In den Guß- und Walzwerken sind die Löhne in den drei letzten Berichtsjahren um 3,5 bis 18,3 Proz. gestiegen.

Die niedrigsten Löhne erhalten die Tagelöhner in den Hochöfenbetrieben, bei siedentägiger Arbeitswoche 12,43 Dollar. Die Leffner in Hochöfenbetrieben folgen ihnen mit 12,56 Dollar. Im allgemeinen schwanken die Löhne der ungelerneten Arbeiter zwischen 12,46 und 20,28 Dollar. Die höchsten Löhne verdienen die Arbeiter in den Bessmer-Stahlanlagen. Arbeiter mit gewissen Vorkenntnissen oder mit gewisser Geschicklichkeit, die aber noch als ungelernete gelten, verdienen 18 bis 33 Dollar. Auch hier sind es die Bessmer-Anlagen, welche die höchsten Löhne zahlen. Unter den gelerneten Arbeitern erhalten die Arbeiter an den Hochöfen die niedrigsten Löhne, 26,84 Dollar bei voller Arbeitswoche. Den Höchstsatz erhalten die Arbeiter in den Eisenabwalzwerken mit 40,71 Dollar bei voller Woche. Alle diese Lohnsätze beziehen sich auf das Jahr 1913.

Es geht aus ihnen der große Unterschied hervor zwischen den Löhnen der ungelerneten und der gelerneten Arbeiter. Auch in der Arbeitszeit sind solche Unterschiede. So beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in den Hochöfenbetrieben pro Arbeiter durchschnittlich 81 Stunden, in den Hochöfenbetrieben dagegen nur 42 Stunden.

Der Durchschnittslohn der ungelerten Arbeiter in den Betrieben der Schwerindustrie ist 18 Cents (1 Dollar gleich 4,25 M., 1 Dollar gleich 100 Cents).

Nach einer statistischen Berechnung des Bundes-Arbeits-Departments ist die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren immer teurer geworden. Gegenüber dem Jahre 1913 betrug im Jahre 1914 die Steigerung 2 Proz., gegenüber 1912 4,7 Proz., gegenüber 1910 9,8 Proz., gegenüber 1909 15,1 Proz., gegenüber 1908 21,1 Proz. und gegenüber dem Jahre 1907 fast ein Viertel, nämlich 24,5 Proz. Die westlichen Staaten sind von der Steigerung weniger betroffen als die Oststaaten. Die Löhne der Arbeiter sind natürlich nicht in demselben Maße gestiegen und jede Steigerung der Löhne mußte mit hartnäckigen Kämpfen erkämpft werden.

Gerichtszeitung.

Begen Aufreizung zum Klassenhass.

Verletzung von Soldaten zu Vergehen gegen die militärische Justiz und Ordnung und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe hatte sich geherrn der Geizer Genosse Heinrich Hünst, Vorsitzender des Verbandes der Raschmisten und Helzer, Zahlreiche Bremen, vor der Strafkammer II in Bremen zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Tame, die Staatsanwaltschaft wurde vertreten vom ersten Staatsanwalt Löning, die Verteidigung lag in den Händen des Genossen Dr. Herz (Altona).

Das Vergehen des Angeklagten wurde darin gefunden, daß er auf der Bremer Werft der A.-G. „Weser“ etwa 100 Exemplare des Flugblattes „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ verbreitet hatte. Die Verhandlung, zu der seitens der Verteidigung Genosse A. Hente als Zeuge geladen war, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nach längeren, sehr ausführlichen Beweisauftrag der Staatsanwaltlicheurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis, während der Verteidiger Freisprechung beantragte. Das Gericht erkannte nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit auf 9 Monate Gefängnis unter voller Anrechnung der fideiucumtlichen Untersuchungshaft.

Zur Begründung führte der Vorsitzende aus: Bei Beurteilung des Flugblattes müsse zunächst die Anklage auf Verleitung von Soldaten zu Vergehen usw. aufheben. Dagegen liege in dem Flugblatt sowohl eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe wie eine Aufreizung der verschiedenen Bevölkerungsklassen gegeneinander. Die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe liege darin, daß den deutschen Arbeitern als Beispiel vorgehalten werde der Kampf ihrer italienischen Genossen gegen den Krieg und die Art dieses Kampfes durch die Presse, Versammlungen und Strafenbedingungen. Diese Kampfmittel seien unter dem Besatzungsstand durch Verfügung des Stellvertretenden Generalcommandos für unzulässig erklärt. Ebenso liege auf Aufreizung der verschiedenen Bevölkerungsklassen gegeneinander vor. Als die gegenüberstehenden Klassen der Bevölkerung seien die deutschen Proletarier und die deutschen Imperialisten zu bezeichnen. Der Ansicht der Verteidigung, daß der unter der Bezeichnung Imperialisten zusammengefaßte Personenkreis, gegen den sich das Flugblatt richte, keine Bevölkerungsklasse im Sinne des Gesehes sei, trat das Gericht nicht bei. Zu den Imperialisten würden dem Verfasser des Flugblattes auch die Kapitalisten der Großindustrie, gesellschaftlichen und der Schwerindustrie gerechnet. Da Hünst das Flugblatt in Kenntnis seines Inhalts verbreitet habe, sei er schuldig. — 9 Monate Gefängnis seien angemessen.

Das Gericht hob dann noch auf Antrag des Verteidigers den gegen den Angeklagten erlassenen Haftbefehl auf, da weder Fluchtbedacht noch Verdunkelungsgefahr zu befürchten sei.

Ein Militärlieferant.

Der Münchener Wegwermeister Max Herz lieferte monatelang vertraglich Bestellungen an einzelne Truppenteile. Ende März hatte er für die Luftschifferabteilung rund 300 Leber- und Blutwürste herzustellen. Er übergab zu diesem Zweck seinem Gehilfen einen Haufen schmieriger Rutteln und bedenklich duftender Nagen- und Lungengewebsteile, nur keine Leber. Aus diesem unappetitlichen Material mußte der Gefelle „frische Leber- und Blutwürste“ fabrizieren. Als diesem Bedenken kamen, die Soldaten könnten von dem Zeug krank werden, beruhigte der Gemeindeführer den jungen Mann mit den Worten: „Für's Militär ist's schon.“ Hinterher kamen dem Gehilfen doch Bedenken und er verständigte einen städtischen Lebensmittelbeamten von der anzufragenden Qualität dieses „Soldatenjutters“. Tatsächlich mußten die 300 Würste wegen ihrer gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit vernichtet werden. Herz hatte sich nun vor dem Münchener Schöffengericht wegen Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Der Angeklagte erklärte sich aber bei der durch die Gemeinderhebung festgestellten Sachlage für unaufrichtig und vermied die Sache zur Aburteilung an die Strafkammer.

Ungültige Polizeiverordnung.

In einem Strafprozeß, in dem das Kammergericht nach der ersten Verhandlung die definitive Entscheidung ausgesagt hatte, ist jetzt das Urteil gefällt worden. Die Polizeiverwaltung von Stargard in Pommern hatte „im Einverständnis“ mit dem Garnison-Commando eine Polizeiverordnung erlassen, durch die bestimmt wurde: Vom Sonnabendmorgen um 6 Uhr bis zum Montag früh 8 Uhr dürfen geistige Getränke nicht an Militärpersonen, mit Ausnahme der Offiziere und Offizier-Stellvertreter, ausgetrieben werden.

Der Kommandant Stolzenberg hatte eines Sonntags an Militär-Portionen Bier ausgetrieben und war deswegen von der Strafkammer in Stargard zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Das Kammergericht, bei dem der Angeklagte Revision einlegte, hatte die Entscheidung aufgeföhrt, weil ihm die Verordnung nicht bedenkenfrei erschien und es erst feststellen wollte, ob nicht eine auf Grund des Belagerungsgesehes ergangene Anordnung des kommandierenden Generals in Stettin vorliege, die dieselbe Materie betreffe und den vorliegenden Fall mit umfasse. Eine Anordnung des kommandierenden Generals, unter die der Fall des Angeklagten gebracht werden könnte, konnte nicht ermittelt werden.

Das Kammergericht hat nunmehr den Angeklagten freigesprochen. Die Entscheidung hing jetzt nur noch davon ab, ob die obige Polizeiverordnung der Polizeiverwaltung von Stargard gültig sei oder nicht. Das Kammergericht erklärte sie mit folgender Begründung für ungültig:

Es brauche nicht entschieden werden, ob die Verordnung eine sicherheitspolizeiliche sei. Wäre es keine sicherheitspolizeiliche, dann wäre die Zustimmung des Gemeindevorstands (Magistrats) erforderlich gewesen, und diese sei unzureichend nicht erfolgt, so daß die Verordnung in diesem Falle deshalb ungültig wäre. Sei es aber eine sicherheitspolizeiliche Verordnung, dann bedürfte sie zwar nicht der Zustimmung des Gemeindevorstands, sie hätte dann aber nur erlassen und veröffentlicht werden dürfen nach vorheriger Beratung mit dem Gemeindevorstand. Daß eine derartige Beratung vorher mit dem Gemeindevorstand stattgefunden habe, ergebe aber die Verordnung nicht. Somit sei die Verordnung auf jeden Fall ungültig, woraus die Freisprechung des Angeklagten folge.

Beim Vater eingebrochen.

Ein Einbruchdiebstahl bei dem eigenen Vater führte gestern den Berliner Hermann Frohner vor den Strafrichter. Vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II hatte

sich der vielfach vorbestrafte F. wegen schweren Diebstahls im stoffschädlichen Rückfalle zu verantworten.

Der Angeklagte, der augenblicklich eine ihm ebenfalls wegen Diebstahls aufgestellte Gefängnisstrafe von 1½ Jahren verbüßt, ist in verhältnismäßig jungen Jahren schon 17mal wegen Diebstahls und anderer Vergehen und Verbrechen vorbestraft. Mitte August v. J. kam der Angeklagte nach Verbüßung einer längeren Strafe aus dem Gefängnis heraus. Er trieb seinen Lebensunterhalt wieder durch Verübung einer Reihe Gelegenheitsarbeiten, die ihm später die Gefängnisstrafe einbrachten, die er zurzeit verbüßt. Zu jener Zeit wurde auch eines Nachts bei dem Vater des F. in Friedenau ein Einbruchdiebstahl verübt. Der Täter, der durch das Fenster eingestiegen war, hatte einen Sack mit erbrochen und daraus zwei goldene Armbänder und ferner einen silbernen Tafelaufsatz gestohlen. Erst nach der Verhaftung des Angeklagten stellte es sich durch die bei ihm gefundenen Pfandscheine heraus, daß er sich sogar nicht geföhrt hatte, bei seinem eigenen Vater einzubrechen. — Mit Rücksicht auf die von dem Angeklagten an den Tag gelegte niedrige Befähigung erkannte die Strafkammer unter Einrechnung jener Strafe auf eine Gesamtstrafe von 2½ Jahren Gefängnis.

Aus aller Welt.

Schwere Unwetter in Oberösterreich und Oberitalien. Ein großer Teil Oberösterreichs ist von einem der schwersten Unwetter heimgesucht worden, das einen Schaden von mehreren Millionen Mark verursacht hat. In verschiedenen Ortschaften wurden die Häuser schwer beschädigt und zum Teil vom Orkan eingestürzt. Am meisten hat die Gegend um Steinhäus gelitten, wo rund hundert Bauerngutsbesitzer schwer geschädigt wurden. Auch die Gemeinden Thalheim, Daxberg und Traunkirchen sind von dem Unwetter schwer heimgesucht worden. — Aus San Daniele in Krain meldet die italienische Zeitung „Stampa“, daß die dortige Gegend in der letzten Nacht von einem heftigen Hagel heimgesucht worden ist, wobei erheblicher Schaden verursacht wurde. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen.

Eine Spinnerei abgebrannt. In Wiesenbad (König. Sachsen) ist die Spinnerei von Meyer u. Co. infolge höchstlicher Brandstiftung eingestürzt worden. Viele Flachsvorräte sind vernichtet worden. Der Schaden ist bedeutend.

Späte Aufklärung einer Mordtat. Der vor kurzem in München wegen Doppelmordes zum Tode verurteilte 46jährige Landwirt Karl Kaspar hat jetzt das Geständnis abgelegt, vor 25 Jahren einen anderen Mann an einem 21-jährigen Dienstmädchen hängen zu haben. Der Täter, welcher den Leichnam mit Petroleum begoß und verbrannt hatte, wurde damals trotz der eifrigsten Nachforschungen nicht ermittelt.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 17 der „Neuen Zeit“ vom 23. Juli 1915 hat folgenden Inhalt: Ewald Bernheim: Zwei Diplomaten in amerikanischer Beleuchtung. — Ewald David: Kritische zu Kautskys Kritik. (Eine Entgegnung). — Dionis Zimmer: Kriegsteuer und Monopole in der Schweiz. — Adolf Braun: Arbeiter- und Kriegsmalbenfragen. — Literarische Rundschau: Wilsons Politik, Arieg, Langens Kriegsbücher; Alexander Gellert, Der Kriegspolit; Katharina Botzka, Christophers Feuerzeit. — Anzeige.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns toeben die Nr. 22 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einigkeit und Selbstgefühl in der italienischen sozialdemokratischen Partei. Von Angelita Balabanoff. — Zwei Grundfragen der sozialistischen Arbeiterbewegung und Arbeiterpartei. IV. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. II. Von H. F. — Aus der Bewegung: Jahn Jahre Frauenbewegung in Rammheim. Von Eberle Blak. — Politische Rundschau. — Nationalität: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Das „Wahren Jacob“ ist toeben die 15. Nummer des 32. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. & B. Dieckhoff G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstr. 3, IV. Hof rechts, toebens, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jedes für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Bescheid ohne Bescheid nicht erteilt. Antragen, denen keine Abonnementzahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

141 076. H. G. Die Kündigung ist derpöht. Teilen Sie Ihrem Brief möglichst umgehend mit: Die Kündigung erenne ich als rechtsgültig nicht an; sie ist derpöht. — P. 2. 24. Unschöne Formänderung der Höhe; zurückgestellt wegen Verzögerung. — R. 2. 30. Die Mutter müßte abermals um Unterstützung einkommen; die Schwestern sind zur Zahlung der Miete nicht verpflichtet. Wird die Miete nicht gezahlt, so kann der Brief auf Zahlung klagen, aber mit der Ermittlung nicht durchbringen. Die Mutter müßte Unterstützung und Mietszahlung beantragen. Ein laßbares Recht hierauf gibt es leider nicht. — W. W. 205. 1. Die Einziehung gehört Ihnen Kindern und Jänen, nicht Ihrer zweiten Frau. Sehen Sie sich mit den Kindern wegen der Abwendung auseinander. 2. Die Armenunterstützung für Ihre Schwiegermutter zu zahlen sind Sie nicht verpflichtet. — R. 2. 7. Wegen Grenzlicher Gelenkerkrankungen zurückgestellt. — F. H. 96. 1. Rein 2. Wegen Verenschiede unbrauchbar. 3. Rein 1. Sie wurden eine besondere Aufforderung bekommen. — H. V. 43. a. Wegen Anwartschaften der Vermögensorgane zurückgestellt. — C. W. 17. 1. Landsturm ohne Waffe, Armierungstruppe. 2. Die Parteizeit beträgt 10 Monate. Sie können aber Abfertigung derselben beim Gericht beantragen. — Charlotte 56. Sie können arbeiten; die Kriegsunterstützung wird nicht geföhrt. Nur wenn der Verdienst so hoch ist, daß eine Bedürftigkeit als nicht mehr vorliegend erachtet wird, wird sie hier und da geföhrt. — P. 1. 100. Rein. — W. 2. 100. Wegen Blut, aber an den Weinen nicht leidensfähig. — Wiedersehen. Ist eine Mietsbauer derpöht, so ist diese gültig. Ist keine Mietsbauer derpöht, so müßte bei monatlicher Mietszahlung am 15. jeden Monats geföhrt werden müssen. Wird vierteljährliche Mietszahlung vor, so kann zum Schluß des Quartals geföhrt werden. — Peter. Der Anspruch auf Nachzahlung wäre gerechtföhrt; indessen urteilen die verschiedenen Kaufmannsgerichte nicht gleichmäßig. — W. 2. 76. 1. und 2. Rein. — P. 26. Zurückgestellt wegen Herzkrankheit. — P. 2. 1860. Die Verwendung ist überall möglich. — J. 16. Sie sind wegen Teilzeitigkeit für unbrauchbar erklärt, die eine Erlösung von inneren Organen nach sich zieht. — P. 27. 1. 3. März. 2. In der Buchhandlung „Bormärts“ oder beim Pensionsabgeordneten Hofmann, Altemstr. 22. — R. 2. 200. 1. Sie sind für Kriegsvermerdienstfähig für die Infanterie erklärt worden. Können also eingezogen werden. 2. Ihr Freund wird mit der 1. Abteilung, die zur Gardeinfanterie ausgehoben wird, eingezogen werden. — C. 2. 100. 1. Sie sind wegen Verabreichung der Schärfe für dienstuntauglich erklärt. Können aber bei der Expedition noch für lauglich erklärt werden. 2. Die Bemerkung auf dem Bureau des Magistrats ist durchaus unangehörig. Sie haben einen Anspruch auf Kriegsunterstützung. Wenden Sie sich gleichwohl während an einen der Stadtratsordnenen in Kaufhaus. — G. 2. 22. Ihre Mann wird nicht mehr eingezogen. — Franz 20. Das Gericht ist durchaus laßig. Von einem Nachkommen kann keine Rede sein. — G. 2. 999. Da — W. 7. Armierungssoldaten steht im Felde dieselbe Verpflegung zu wie den Angehörigen der anderen Truppenteile. Die Verpflegungsbüchse wird schon mehrmals ordentlich geföhrt; Sie können sie in unlerer Sprechstunde erfahren. Von einer Choleraepidemie ist uns nichts bekannt. — R. 2. 20. 1. Der Vertrag kann nicht einseitig gekündigt werden. 2. Unabhängig ist derjenige Lieferungsvertrag, in dem der Unterstüßungsbedürftige zur Zeit des Beginns seiner Bedürftigkeit wohnte. Somit aus Ihren Angaben ersichtlich, ist das Klein-Kangeldörfer und nicht Kaufhaus. — G. 2. 76. Wegen Herzkrankheit zurückgestellt. — G. 2. 78. Die Witwe hat Ansprüche auf Rentenrente (400 Mark jährlich) und auf Rentenrente (168 Mark jährlich für jedes Kind). — G. 2. 12. 1. Sie haben Anspruch auf Wogenhilfe, wenn Sie entbunden sind, gleichviel ob Ihre

Kann in einer Kasse mar oder nicht 2. Rein. — G. 2. 99. Wegen Kränkung der Weibschule garnison- und selbstuntauglich. Sie können nur eingezogen werden, wenn der eines Nachunterstützung der Art zu einem anderen Metall gelangt. — P. 12. Die Kriegsunterstützung ist nach § 10 des Gesehes vom 28. Februar 1888 solange fortzuzahlen, bis die Witwe oder die Witwe verstorben ist. — W. 99. Sie können nicht verlagert oder verurteilt werden; wohl aber Ihre Frau, wenn Sie zur Zeit des Vertragsabchlusses bereits verlagert war. — H. 2. 1. 30. — W. 2. 29. 1. Wegen Herzkrankheit für untauglich erklärt. 2. Unveränderlich. — W. 2. 100. Kriegsvermerdienstfähig. — J. 2. 35. 1. und 2. Ja 3. Rein. Wenn es zur Klage kommt, so müßte bis zum Termin etwa zwei bis drei Monate vergehen. — Großhändlerdorf 200. Sie sind schon vor heden Jahren wegen epistepischer Anlagen für dauernd unbrauchbar erklärt und werden nicht mehr herangezogen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmorgen. Jemlich warm und schön. Im Osten nordwestlich heiter und trocken. Westlich der Ober vielfach wolfig und leichte Regenfälle. Strichweise Gewitter.

Todes-Anzeigen.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Görlitzer Viertel. Bezirk 207 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Karl Schindler

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Am 20. d. M. verstarb im Rel. Lazarett Urban-Zehlendorf an den Folgen der im Felde erlittenen Verwundung (Kopfschuß) mein innigstgeliebter Mann und treuherziger Vater, unser einziger

elter Sohn, Bruder, Schwager, Schwager, Schwager und Onkel

Wilhelm Bode

Gebr. d. Rel. Mobil-Ordn.-Reg. Königsberg I.

Im hiesigen Schmers

Widow Bode, geb. Köstlich,

als Frau.

Walter, Hildegard, als Kinder.

Andreas Bode nebst Frau,

als Eltern.

Germin Bode, als Schwester.

Fritz Bode und Frau,

als Schwiegereltern.

Paul Richter, Max Kaiser,

als Schwäger, zurzeit im Felde.

Frau Martha Richter und

Trudchen Bode,

als Schwägerinnen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 864

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.

Bezirk Oberschönweide.

Am Vereinslazarett „Am Urban“ in Zehlendorf ist am 20. Juli unser Parteigenosse

Wilhelm Bode

infolge seiner schweren Kopfverletzung, die er sich auf dem Kriegsschauplatz durch Schrapnellwunde zugezogen hat, im 28. Lebensjahre gestorben.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Oberschönweider Friedhof statt.

Gute Beteiligung wird erwartet und treffen sich die Genossen und Genossinnen zum gemeinsamen, würdevoll um 3½ Uhr erfolgenden Abmarsch bei Wernede, Wilhelmshagenstraße 13.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.

Bezirk Waidmannslust.

Nachruf.

Am 13. Juli verstarb nach kurzen, schweren Leiden unser treues Mitglied, der Schlosser

Paul Succo

aus Ottenice a. d. Nordbahn.

Ehre seinem Andenken!

244/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.

Bezirk Waidmannslust.

Nachruf.

Am 13. Juli verstarb nach kurzen, schweren Leiden unser treues Mitglied, der Schlosser

Paul Succo

aus Ottenice a. d. Nordbahn.

Ehre seinem Andenken!

244/15 Der Vorstand.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin.

Auf dem Schlachtfelde fiel am 13. Juli unser langjähriges Mitglied

Max Braun.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Bekannten, lagern wir dem Deutschen Metzlarbeiterverband, dem Wahlverein und den Kollegen der Argus-Notarenfabrik, sowie allen Beteiligten unteren herzlichsten Dank.

20416

Wende a. d. Nordbahn.

Wwe. H. Succo und Sohn.

Witwe Schlawig nebst Kindern.

Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß am Montag, den 19. Juli, meine liebe Frau

Selma geb. Schmidt

im Alter von 25 Jahren verstorben ist.

Bereits ein Jahr im Felde, war es mir nicht möglich, meine liebe Frau noch lebend wiederzusehen. Im stillen Gedenke bittet

Rudolf Schmidt

Lantow, Vitorialstr. 44.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle Lantow, Luthertstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

195/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin - Lankwitz.

Montag, den 19. Juli, verstarb unsere Genossin

Selma Schmidt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle Lantow, Luthertstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

195/11 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

(B. a. G.) Berlin, Bezirk 17.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges sind die Mitglieder

Karl Runschke

Arbeiter, 44 Jahre.

Artur Goßlau

Tischler, 29 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

287/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin II.

Abteilung Frauen - Sterbekasse.

Am Dienstag, den 20. Juli, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, Frau:

Martha Beier.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

287/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Zehlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Karl Schindler

Glogauer Str. 4

im Alter von 66 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. Juli, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Emmaus-Gemeinde in Britz aus statt.

85/16 Die Ortsverwaltung.

Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer.

Bezirk Berlin II.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Frau Mathilde Mentzel

am 19. Juli 1915 im 37. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

287/17 Die Ortsverwaltung.

Witwe Schlawig nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwagers und Großvaters

Wilhelm Schlawig

lagen wir allen Freunden und Bekannten, den Mitgliedern des Bormärts „Fretter Wille“, dem Verband der Bureauangestellten, dem Personal der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin, dem Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises und dem Genossen Harbut für seine treuherzigen Worte unseren herzlichsten Dank.

20416

Wende a. d. Nordbahn.

Wwe. H. Succo und Sohn.

Witwe Schlawig nebst Kindern.